

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 102.

Mittwoch, den 3. Mai 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

An den Einzelnen!

Wahlen sind vor der Tür! Das Volk, von dem Du, als lebendiger Träger des Ganzen, ein Teil bist, soll sein Urteil abgeben über die Wirtschaft der Regierung und die Politik der Mehrheitsparteien des Deutschen Reichstages. Um Deine Stimme feilschen sie alle!

Die konservative Arbeiterfreundlichkeit feiert ihre Triumphe. Rücksichtsvoll sind sie zu Dir, nicht weil sie Dich achten, und noch weniger deswegen, daß sie Dich ihrer gleich schätzen, nein, weil sie Deine Stimme haben wollen! Und werden sie gefragt, was sie für den Arbeiter tun werden, so wird als Antwort so viel Versprechung kommen, wie Du nur wünschen kannst.

Die Grobherren der modernen Industrie und des Handels, die heute Tausende und Zehntausende von Arbeitern als willkürlich zu verändernde Zahl in ihrem Profiterepempel stehen haben, auch sie berücksichtigen jetzt „das Wohl“ ihrer Arbeiter. Warum? Frage sie doch, schau in ihre Zeitungen, nichts weiter wollen sie von Dir als Deine Stimme. Eine Stütze ihrer Interessen sollst Du werden!

Hast Du schon einmal einen Arbeiter gesehen, der stehhaft, und von früh bis abend nicht für seine eigenen Interessen, sondern für das Heil seiner Feinde tätig war? Hast Du im Reichstag schon einmal einen Proletarier für die Wünsche der Unternehmer eintreten sehen? Ist Dir dabei nie der Gedanke gekommen, daß da einmal das harte Muß und zum anderen ein Verrat Deiner Interessen vorlag?

Im Reichstage sahen die Herren von der konservativen Partei und machten Gesetze für sich, für ihre Großgrundbesitzerinteressen. Dort arbeiteten die Herren der Industrie und des Handels für die Forderungen ihrer Klassengenossen. Sie feilschten nicht, sondern sie forderten von ihrer Regierung, daß sie den geäußerten Wünschen nachkam. Nur dort, wo Arbeiterinteressen in Frage kamen, da galt es an Heizergrößen und um Witwen- und Waisenpennungen zu denken, da handelten die Herren, da protestierten und lärmten sie, da arbeitete ihnen die Maschinerie der Gesetzgebung zu teuer und zu rasch. Wo es aber um die Reichsversicherungsordnung geht, Vorteile für die große Masse, für das Volk beraten werden sollen, plötzlich kann es nicht schnell genug gehen. Im Galopp will man noch fertig werden ehe Du kommst und fragst: Was geht ihr mir für meine Stimme? Dann soll geantwortet werden: ein großes neues Versicherungsgezet! Deswegen die Eile, die soweit geht, daß Kapitel- und Stückweise das Gesetz als ein Massenartikel fertiggestellt wird.

Denke immer wieder und wieder daran, daß sie alle Deine Stimme haben wollen. Nichts weiter und nichts mehr! Nur Deine Stimme!

Die Sozialdemokratie, die politische Partei der Arbeiter, sie verlangt mehr, viel mehr von Dir! Sie verlangt Dein Herz und Deinen Verstand! Nicht um Deine Stimme kommen wir fordern, nein, wir verlangen von Dir, daß Du, als der Einzelne, die doch alle zusammen das große Ganze, das Volk ausmachen, Dir überlegst, wo Du hingehörst!!

Du sollst darüber nachdenken, ob ein Großgrundbesitzer oder ein Arbeiter, ein Industrieller oder ein Proletarier Deine Interessen besser vertreten will und kann! Wir verlangen von Dir, dem einzelnen, daß Du Dir bewußt werden sollst, wie von dem Lebendigkeit des kleinen Teilchens, der Beweglichkeit des Sandkorns die Macht des großen ganzen, die Gewalt eines wandernden Berges entsteht.

Du sollst Deiner selbst bewußt werden!

Darum lies die Arbeiterpresse, organisiere Dich in der Arbeiterorganisation und vertritt alle Tage Deine Interessen, denn wir werden kommen und Deine Meinung fordern. Du sollst uns sagen, wie Du denkst, was Du willst und wie Du zu handeln beabsichtigst! Nicht Deine Stimme wollen wir, sondern Deine Meinung! Du sollst Proletarier, nicht Stimmvieh, nicht tote Masse, nicht Mittläufer, sondern bewußtes, lebendiges Teil des großen und ganzen Volkes sein, und darum denke über Deine Lage nach, damit Du am Tage der Entscheidung eine Meinung hast!!!

Politische Rundschau

Deutschland.

Der Reichstag

trat am Dienstag zu seiner ersten Sitzung nach der Osterpause zusammen. Nachdem der Präsident die nicht gerade sehr zahlreiche Erschienenen begrüßt, und des verstorbenen Fürsten von Schanburg-Lippe gedacht hatte, — ein Akt menschlicher Teilnahme, gegen den selbstverständlich niemand etwas einzuwenden hatte — wandte man sich gleich der Reichsversicherungsordnung zu. Formell stand freilich nicht sie, sondern das Einführungsgezet zu ihr auf der Tagesordnung. Aber es war klar, daß jede sachliche Auseinandersetzung über das Einführungsgezet bereits eine Debatte über die Versicherungsordnung bedeutete. Eine große Neigung, in eine solche Erörterung einzutreten, bestand auf bürgerlicher Seite augenscheinlich nicht; man schien noch etwas in Ferienstimmung zu sein, die freilich recht bald verfliegen dürfte. Wie es sich von selbst versteht, nahm unsere Fraktion auf diese blaue Montagstimmung keine Rücksicht. Das Einführungsgezet ist keine bloße Formalität, sondern enthält Bestimmungen, die geeignet sind, oder genauer bestimmt sind, den Hauptzweck der ganzen Abung, die Enttuschung der Krankenkassen, zu vervollständigen. Ein Damoklesschwert wird über den Köpfen der Kassenbeamten aufgehängt und sicherlich nicht, um es unbenutzt hängen zu lassen. Man will die Beamten, die das Vertrauen der Arbeiter besitzen, verdrängen, um Militäradvokaten an ihre Stelle zu setzen. Genosse Hoch hing der Kasse die Schelle an und legte mit unwiderleglicher Logik diese Tendenz dar, die Staatssekretär Delbrück mit glatten Worten vergebens wegzuleugnen und die bürgerlichen Redner, meist mehr oder minder ungeschickt zu bemänteln suchten. Genosse Schmidt ergänzte wertvoll die Ausführungen Hochs und mindestens einer der bürgerlichen Redner, der Abg. Dove von der Fortschrittspartei, erkannte wenigstens teilweise die Berechtigung unserer Kritik an. Aber zu einem einigermaßen kräftigen Protest schwang auch er sich nicht auf. Das Gezet wanderte an die Kommission und die Beratungen über das Hilfskassen- vielmehr Nutzhilfskassengezet wurde, kaum begonnen, auf den folgenden Tag verschoben. Durch eine Erklärung des Vizepräsidenten Schulz wurde die Angelegenheit des unberechtigten Ordnungsruhs, den vor den Ferien der Genosse Severing erhalten hatte, in einigermaßen befriedigender Weise geregelt.

Das preussische Abgeordnetenhaus

beriet am Dienstag in erster Lesung den Gesetzentwurf betr. die Abänderung der rheinischen Gemeindeordnung. Die Vorlage, die bereits das Herrenhaus passiert hat, beschränkt sich im wesentlichen auf eine Abänderung der Bestimmungen über die Meistbegüterten, denen heute im Geltungsbereich der rheinischen Gemeindeordnung weitgehende Rechte eingeräumt sind. Die Regierung hat diese Vorrechte nicht etwa beseitigt, sondern nur ganz unerheblich eingeschränkt, und das Herrenhaus ist ihr auf diesem Wege gefolgt. Dagegen hat das Herrenhaus einen anderen Vorschlag der Regierung, der darauf hinauslief, die Sitzungen der Gemeindeverfassungen öffentlich zu gestalten, aus Furcht vor der Sozialdemokratie abgelehnt.

In dieser Fassung ist die Vorlage an das Abgeordnetenhaus gelangt. Die Redner der bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, erklärten sich im allgemeinen damit einverstanden. Einen anderen Standpunkt nahm unsere Fraktion ein, deren Redner, Genosse Hirsch, den Entwurf als eine Karikatur bezeichnete und energisch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen forderte.

Die Beratung endete mit der Überweisung der Vorlage an eine Kommission.

„Gewagte Zumutungen.“

Bei der Kandidatenaufstellung für die Reichstagswahlen sollen die christlichen Arbeiter in Bayern vom Zentrum regelrecht angezimmert werden. Sie hatten seinerzeit gefordert, daß in fünf bis sechs sicheren Wahlkreisen christliche Arbeiter als Kandidaten aufzustellen seien. Bis jetzt ist aber noch nicht ein christlicher Arbeitervertreter untergebracht worden. Als unsere Parteipresse darauf hinwies, daß die Zentrumsarbeiter diesmal offenbar noch gründlicher gelehmt werden sollen als dies jemals vorher der Fall gewesen ist, antworteten die Zentrumsblätter mit dunklen Andeutungen, man solle doch abwarten, man werde schon noch einen oder den anderen Arbeiterkandidaten unterbringen können.

Man rückt endlich das größte bayerische Zentrumsorgan, die „Augsburger Postzeitung“ (Nummer 99 vom 30. April) heraus und erklärt, unter welchen Voraus-

setzungen die christlichen Arbeiter auf einen Kandidaten rechnen können:

„Sobald es den christlichen Arbeitern gelingt, in Wahlkreisen mit vorwiegender Arbeiterbevölkerung die Wähler so aufzuklären, daß Aussicht auf Erfolg einer Zentrums-kandidatur, so ist ihnen dort nicht nur eine Arbeiterkandidatur, sondern ein Arbeiterabgeordneter sicher. Arbeiterkandidaturen aber auf dem Lande in Wahlkreisen mit fast ausschließlich bäuerlicher Bevölkerung wären ein höchst bedenkliches Unternehmen. Es dürfte immer eine gewagte Zumutung an die Bauern eines solchen vorwiegend bäuerlichen Wahlkreises sein, einen Industriearbeiter als Vertreter des Wahlkreises zu wählen. Nehmen wir nur einmal den Stiel um. Würden die Arbeiter in der Stadt oder in einem vorwiegend industriellen Gebiete sich einen Bauern als Reichstagskandidaten und als Vertreter ihres Wahlkreises aufdrängen lassen? Gezeigt den Fall, ein solcher Kandidat würde gewählt, so wäre immerhin die Stellung eines solchen Abgeordneten eine heikle und sein Einfluß auf die Gesetzgebung höchst zweifelhaft. Gewählt von bäuerlichen Wählern, müßte er doch Interessen seines bäuerlichen Wahlkreises vertreten. Wie steht es nun, wenn er von der Landwirtschaft und ihren Schwierigkeiten nichts versteht? Vertritt er die Interessen der Arbeiter, so vertritt er vielleicht nicht die Interessen seiner Wähler, und es ist höchst fraglich, ob das Wort eines solchen Abgeordneten im Plenum des Reichstages wirklich etwas gelten würde.“

Die hier aufgestellten Bedingungen sind eine glatte Verhöhnung der christlichen Arbeiter, denn unter solchen Voraussetzungen können sie in Bayern überhaupt kein Mandat mehr erhalten. Wenn Sie verlangen, daß christliche Bauern auch einmal für einen Arbeiterkandidaten stimmen sollen, so bezeichnet man das als eine gewagte Zumutung. Das ist wahrscheinlich der Dank für die Wahlhilfe, die die christlichen Arbeiter schon unzählige Male — und sehr oft gegen ihre eigenen Klassengenossen — ländlichen Zentrumskandidaten geliehen haben. Ganz zu schweigen von der Hilfeleistung bei der Verteuerung aller Lebensmittel. Ganz unbezahlbar ist aber das Zugeständnis, daß sich die Interessen der Arbeiter mit denen der bäuerlichen Wähler nicht vertragen. Daraus geht hervor, daß das Zentrum mit seiner Agrarpolitik einen fortgesetzten Verrat an den Interessen der Arbeiter begeht.

Vom Segen der Betriebskrankenkassen.

Ein auf Kosten einer Betriebskrankenkasse in Heßeln in einer Lungenheilstätte behandelte Arbeiter erhielt, nachdem er als geheilt entlassen war, vom Vorstande der Betriebskrankenkasse ein Schreiben, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß ihm nach Rücksprache und im Einverständnis mit der Firma, welche die Betriebskasse errichtete, anheim gestellt werde, sich auf seine Kosten in einer freien Hilfskasse zu versichern und somit aus der Betriebskrankenkasse auszutreten. „Wollen Sie das nicht tun“, so heißt es in dem Schreiben weiter, „dann bedauern wir, Ihnen mitteilen zu müssen, daß Sie nicht nur aus unserer Kasse, sondern auch aus dem Betriebe der Firma ausscheiden“. Der Arbeiter, der sich im Dienste seines Brotgebers die Lungenkrankung holt, hat also die Wahl, entweder auf eigene Kosten seine Versicherung gegen Krankheit zu bewirken — welche freie Hilfskasse wird den lungenkranken Mann aufnehmen? — oder, wenn er sich dessen weigert, seine Arbeit zu verlieren, arbeitslos und krank der öffentlichen Wohltätigkeit zu verfallen. Das ist der „Segen“ der Betriebskrankenkassen und solche soziale Mustereinrichtungen will die Reichsversicherungsordnung verewigen.

Dertels Klage.

Der dicke Tageszeitungs-Dertel ist von Geburt Sachse und daraus leitet er vermutlich das Recht her, in seinem Organ für Brotwucher der sächsischen Regierung Direktiven zu erteilen. Sobald ein sächsischer Minister nicht so tanzen will, wie Knuten-Dertel pfeift, schlägt er ein höllisches Lamento auf. So auch jetzt wieder, weil die Polizei in Dresden einen Umzug am 1. Mai genehmigt hat. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt dazu:

„Aber nicht das ist das überaus Bedenkliche und tief Bedauerliche. Am bedauerlichsten, am bedenklichsten und bedrohlichsten ist die Verwirrung, die infolge derartiger Maßnahmen entstehen muß. Wie sollen die gut gefinnenen Bürger die Partei der Revolution nunmehr bekämpfen, wenn sie durch Einladung zu Konferenzen vom Ministerium als gleichberechtigt anerkannt wird, wenn ihr von der Polizeibehörde der Hauptstadt gestattet wird, ihre der Befundung des revolutionären Gedankens dienenden Demonstrationen durchzuführen? Der politisch ungeschulte Staatsbürger wird sich sagen: es kann ja garnicht so schlimm sein, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen, wenn sie in dieser Weise von den hohen und höchsten Behörden anerkannt und geduldet wird. Die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels wird ihm also gar nicht mehr ungeheuerlich, sondern nach Befinden selbstverständlich erscheinen.“

Offenbar ängstigt sich die „Deutsche Tageszeitung“ um ihre in Sachsen wohnhaften Leser. Der einflussige Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“, Dr. L i m a n, hat

vor Gericht die Leser des agrarischen Blattes als „geistig schwerfällig“ bezeichnet, und wider Willen bestätigt nun Herr Dertel dieses Zeugnis, wenn er befürchtet, man werde in Sachsen noch völlig den Unterschied zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien verlieren. Es sind daher auch Entrüstungsstimmen, angeblich aus Sachsen, an die Adresse der „Deutschen Tageszeitung“ gelangt, und wenn Sachsen demnächst von der roten Flut verschlungen werden sollte, will Herr Dertel seine Hände in Unschuld waschen. Deshalb schreibt er seine Epistel mit dem Satz:

„Wir wiederholen: die Regierung hat die Verantwortung für die Wirkung ihrer Maßnahmen allein zu tragen. Sie ist darum nicht zu beneiden.“

Eine kalte Kompresse dürfte für die Nerven des wildgewordenen Staatsrompeters des Agrarierturns von sehr wohlthätiger Wirkung sein.

Ein freisinniges Ultimatum.

In Nordhausen hielten die Fortschrittler am Sonntag einen Parteitag für die Provinz Sachsen ab. In einer Resolution wird das Zusammengehen mit den Nationalliberalen bei den bevorstehenden Reichstagswahlen gebilligt, gleichzeitig aber bedauert, daß die Nationalliberalen von ihrer Sonderkandidatur in Nordhausen nicht zurücktreten wollen. Es heißt dann in der Resolution:

„Wird nicht binnen 14 Tagen in allen in Betracht kommenden Kreisen des Provinzialverbandes die unbedingte Zustimmung der nationalliberalen Lokalorganisationen zu den Vereinbarungen ausgesprochen, so erklärt der Parteitag weitere Verhandlungen für zwecklos und beschließt, indem er die Verantwortung für das Scheitern des Abkommens und die zu erwartenden Folgen ablehnt, die Organisation der fortschrittlichen Volkspartei, des Provinzialverbandes zu sofortigem selbständigen Vorgehen und zu entschlossener Arbeit aufzufordern.“

Trennung von Staat und Kirche in Württemberg.

Der württembergische Kultusminister hat vor kurzem in der Kammer ausgesprochen, daß die neuere Entwicklung der katholischen Kirche geeignet sei, die zwischen Staat und Kirche bestehenden Gegensätze zu verschärfen und von selbst auf eine klare Auseinandersetzung hindränge. Mit dieser Stellungnahme des Ministers hat sich jetzt auch eine Versammlung des über 1000 Mitglieder zählenden evangelischen Pfarrvereins Württembergs beschäftigt. Der Referent, Stadtpfarrer Traub-Stuttgart, führte unter Zustimmung der Versammlung aus, daß die evangelische Kirche Württembergs einer Lösung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche ohne Furcht entgegengehe, wenn der Staat unter dem Druck der unvergeßlichen Vorgänge auf religiösem und kirchenpolitischem Gebiete, die in der römisch-katholischen Kirche ihren Ursprung hätten, eine klare Auseinandersetzung für notwendig halte.

Jedem Unteroffizier — ein „Mittergut“.

Die Korrespondenz „Heer und Politik“ teilt mit: „Da für die Aufrechterhaltung eines geeigneten Erlasses von Unteroffizieren im Heere eine Versorgung dieser Unteroffiziere eine notwendige und unabwiesbare Pflicht des Staates ist, und da auf der anderen Seite schon ein erheblicher Mangel an Stellen für Militäranwärter vorhanden ist, so erscheint die Ansiedelung von ausgedienten Unteroffizieren auf dem Lande aus mehreren Gründen als eine sehr wünschenswerte Lösung dieser Frage. Es ist darum beabsichtigt, die Unteroffiziere dadurch zu versorgen, daß man sie in die Lage setzt, sich eigene kleine Rentengüter zu erwerben, durch die ihre Zukunft mindestens ebenso gesichert ist, wie durch eine Ansiedlung.“

Nach § 21 des Mannschaftsversorgungsgesetzes vom 31. Mai 1906 erhalten Unteroffiziere bei der Entlassung aus dem Militärdienst auf ihren Antrag an Stelle des Zwitterversorgungsscheines eine einmalige Geldabfindung von 1500 Mk. Diese Summe, die auf 2000 Mk. zu erhöhen wäre, würde dann das Kapital bilden, mit dem der Unteroffizier die Anzahlung bei Kauf des Rentengutes leisten kann.

Es ist beabsichtigt, den Unteroffizieren Rentengüter von einer Größe von rund 10 Hektar zu überlassen, bei denen die Anzahlung ungefähr 4000 Mk. beträgt. Bei geringem eigenen Vermögen wäre also die Anzahlung leicht zu leisten. Es könnte aber auch die geringere Anzahlung durch eine erhöhte Amortisationsquote ausgeglichen werden.

Die Regierung beabsichtigt, den Unteroffizieren die Bezahlung des Kapitales und die Verzinsung des Kapitales sehr zu erleichtern, damit sie ein ruhiges und angenehmes Leben führen können. Aus diesem Grunde soll die bei Ankauf von kleinen Bauerngütern übliche Zahlung von 4 Prozent auf 2½ Prozent anfangs ermäßigt werden. Späterhin, wenn der Hausstand schon seit gegründet ist, wäre eine kleine Erhöhung dieses Prozentsatzes zur Durchführung der Amortisation notwendig.“

Von dieser Absicht der Regierung ist in den weitesten Kreisen noch nichts bekannt. Wenn die Militärverwaltung den ausgedienten Unteroffizieren höhere Beiträge bezahlen will, ist dazu die Einwilligung des Reichstages erforderlich. Vermutlich steht die Anstaltungsgelegenheit hinter diesem Plane, deren heutige Fälligkeit ein einziges gewaltiges Fiasco bedeutet. Ob Leute, die 12 Jahre in der Großstadt beim Militär gedient haben, sich dazu eignen, auf eine weiträumige polnische Kitzsche verpflanzt zu werden, ist denn doch noch sehr die Frage, und deshalb erscheint es noch keineswegs sicher, daß der Reichstag einem solch abenteuerlichen Plane zustimmen wird.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 3. Mai.

Achtung, Holzarbeiter! Die Holzarbeiter von Hamburg, Altona-Cranien, Wandsbek, Wilhelmsburg, Schifffeld und Umgegend sind ausgepeperrt! Alle Holzarbeiter haben das Hamburger Ausscherrungsgebiet aufs strengste zu meiden! Holzlegen im Sande, geht acht auf jene Menschenhändler, welche bemüht sind, Arbeitswillige nach hier zu locken!

Kindererschuh. Alle Fälle von Kindermißhandlung, Vernachlässigung, übermäßiger Ausbeutung melde man den Mitgliedern der Kindererschuh-Kommission:

- Frau Soll, Steinrader Weg 32c,
- Jaackschmidt, Warendorferstr. 1,
- Kleinfeldt, Wandsbörferstr. 8,
- Stierlich, Karpfenstr. 18 III,
- Senje, Warendorferstr. 66 II,
- Rubbert, Voigtmannstr. 18, Hinterhaus.
- Bahr, Margaretenstr. 12,
- Mehlis, Dankwartstraße 68 III,
- Burmeister, Wötkerstr. 13.
- Engel, Elmwigstr. 24a.

sowie im Arbeiterssekretariat und bei Fritz Meierlein, Steinrader Weg 57 und Heinrich Radde, Meierstr. 40.

Achtung, Tapezierer! Die Tapezierer-Lübeck befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Ausstand. Bezug nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Mairefolution. In den Mairefassungen, über deren Verlauf wir gestern berichteten, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: Am 1. Mai demonstriert das Klassenbewußte Proletariat aller Länder für den Ausbau der Arbeiterschutzeschutzgebung und den Völkerrfrieden und protestiert gegen das wahnsinnige Verrücken, in dem es eine wachsende Gefahr für den Frieden und die Ursache der immer mehr steigenden Belastung der breiten Massen erblickt. Die Arbeiterklasse verurteilt das Verhalten des Herrn v. Bethmann-Hollweg, der in seiner diesjährigen Staatsrede behauptete, daß es unmöglich sei, eine Grundlage für das Abschließen zu finden, und daß man keine Einrichtungen zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten schaffen könne, auf das Schärfste. Eine Beschränkung der Rüstungsaufgaben muß erfolgen, damit Mittel frei werden für den dringend nötigen Ausbau der Arbeiterschutzes- und Arbeiterversicherungsgeetze. Die Grundlage einer wirksamen Arbeiterschutzeschutzgebung muß die gesetzliche Einführung des Achtstundentages sein. Der dem deutschen Reichstage vorliegende Entwurf einer Reichsversicherungsordnung entspricht in keiner Weise den berechtigten Forderungen der Arbeiter, sondern raubt durch Beseitigung der Selbstverwaltung in den Krankenkassen Rechte, die man selbst unter der Herrschaft des Sozialistenaesches den Arbeitern nicht zu verweigern magte. Die deutschen Arbeiter fordern demgegenüber den Ausbau der bestehenden Selbstverwaltung, die Beseitigung der Mängel der Versicherungsgeetze, die Einführung einer wirklichen Versorgung der Witwen und Waisen, eine ausreichende Unterstützung der Schwangeren und Mütter zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und die Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Die Versammelten erklären, daß sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den von den herrschenden Klassen genährten Nationalitätenhass bekämpfen und für die Völkerverbrüderung, für Schaffung einer ausreichenden Sozialreform und Befreiung der Arbeiterklasse von wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Unterdrückung wirken werden.

Das Amtblatt und die Mairefeier. Nachdem die „Lübeckischen Anzeigen“ zunächst die Mairefeiernden als Janhagel beschimpft und sich damit gehörig in die Nessel setzten, sind sie jetzt bemüht, die Lübecker Mairefeier möglichst zu verkleinern und es so darzustellen, als ob beispielsweise die feiernden Metallarbeiter nichts weiter wie Blannmacher und Montagsummler gewesen seien. So äußert sich eben der Träger der Kapitalschreiber, die sehen, daß all ihre Begeisterung der Mairefeier die von ihnen beschimpfte Klassenbewußte Arbeiterschaft nicht abhält, das zu tun, was sie für richtig hält.

Arbeiter, Parteigenossen!

Erwerbt

das Lübeckische Bürgerrecht!

Differenzen bei der Firma Wilkeroh u. Voch, Dänischburg. Bekanntlich beschloß am Dienstag, dem 4. April die Arbeiter und Arbeiterinnen obiger Firma mit 143 gegen 17 Stimmen in geheimer Abstimmung, den 1. Mai durch Arbeiterruhe zu begehen. Dieser Beschluß wurde der Direktion am 6. April vom Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes unterbreitet mit dem höflichen Ersuchen, den Betrieb am 1. Mai ruhen zu lassen. Am 7. April ging von der Direktion ein Schreiben an die Organisation ein, in dem ausgedrückt war, daß sie nicht gewillt sei, den Betrieb am 1. Mai ruhen zu lassen. Eine weitere Versammlung, die diese Antwort entgegennahm, erneuerte den Beschluß. Von dem dort bestehenden Arbeiterausschuß wurde dieser Beschluß abermals der Direktion übermittelt und abschlägig beschieden. Am Freitagabend erschien am schwarzen Brett ein Anschlag, der denjenigen Leuten die Entlassung ankündigte, die sich unterziehen würden, den 1. Mai zu feiern. Die Arbeiter der Firma wollten nun auf diesen Anschlag noch ein Gegenkommen zeigen und schlugen der Direktion durch den Arbeiterausschuß vor, dann bis Mittag arbeiten zu lassen und den Nachmittag frei zu geben, mit diesem Vorschlag wurden sie aber kurzerhand abgewiesen. Eine weitere Verhandlung war ja hiermit unmöglich geworden; allerdings hat nach ein Mitglied des Arbeiterausschusses, ohne die übrigen davon in Kenntnis zu setzen, mit der Direktion weiter verhandelt; das Resultat war, daß dieses Ausschußmitglied auch am 1. Mai mit 20 Getreuen zur Arbeit gegangen ist. Am Sonnabendabend nach Schluß der Arbeitszeit wurde noch vom Vorsitzenden der Organisation eine Verprechung auf telephonischem Wege mit dem Direktor herbeigeführt, um die Zurücknahme des Anschlages wegen der Entlassung zu erreichen, auch dieses gelang nicht, ebenfalls war es nicht möglich den halben Tag frei zu bekommen, weil der Direktor in dem Glauben war, daß er, wenn er diesem Wunsche nachkäme, zu viel von seiner Autorität einbüßen würde. Es blieb nun nichts weiter übrig als den Beschluß hoch zu halten: den 1. Mai zu feiern und den 2. Mai wieder geschlossen zur Arbeit zu gehen. Das ist denn auch pünktlich befolgt worden. Die Leute sind aber von der Leitung des Betriebes kurzerhand abgewiesen und ihnen erklärt, sie möchten immer fünf an der Zahl ins Kontor kommen, Geld und Papiere in Empfang zu nehmen. Es wurde hiergegen allerdings protestiert, demü dieses Vorhaben ließ durchblicken, daß es sich nur um eine Überredung zur Aufnahme der Arbeit handeln konnte. Es hat sich denn auch der Direktor bei der Auszahlung des Lohnes angelegen sein lassen, mit bewegten Worten verschiedenes ins Gewissen zu reden; es tue ihm unendlich leid, die Entlassung vorzunehmen, aber seine Stellung gebiete es. Nun, die Erziehungskräfte sind ja sehr leicht herbeizuführen; bekanntlich stehen die Arbeitswilligen ja immer bereit a la Ginz und hat

sich auch schon am gestrigen Tage der erste Trupp gezeigt, indem mit dem Vormittagszuge 10.22 ein Agent mit elf Mann in Dänischburg einrückte. Die Direktion mit zwei Schutzleuten bereiteten denselben einen liebevollen Empfang, indem sie den Trupp vom Bahnhof abholten und das Geleit bis in die Fabrik gaben, wo sich das Stentor hinter ihnen schloß. Jedenfalls werden die nützlichen Elemente auch dort wohl übernachten, denn nach der Aussage der Betreffenden, die ihre Sachen gepackt haben, hat alles durcheinander gelegen. Die Aufräumungsarbeiten haben also schon begonnen. Was die Situation sonst anbetrifft, so können wir mit denselben zufrieden sein. Die Stimmung der in der Abwehr sich Befindenden ist ganz vorzüglich zu nennen; es herrscht ein Geist in denselben, der darauf schließen läßt, daß der Sieg nicht lange mehr auf sich warten lassen kann. Diese 20 Mannlein und Weiblein, die sich von der großen Schar entfernt haben, sind nicht imstande, den Betrieb in irgend einer Weise aufrecht zu erhalten. Auch die 11 Mann starke Streikbrecherkolonne wird die Lücke nicht ausfüllen können, denn wer den Betrieb kennt, muß zugeben, daß die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wohl eine gewisse Fertigkeit besitzen müssen. Deshalb Arbeiter und Arbeiterinnen, haltet die Solidarität hoch, kämpft geschlossen den aufgezwungenen Kampf, dann wird der Sieg auch Gier sein.

Achtung! Die Müller, Mühlenarbeiter, Maschinisten und Feiger der Baltischen Mühle Rummühlen bei Kiel stehen bereits drei Wochen im Streik wegen Maßregelung und Ablehnung der Forderung um geringe Lohnerhöhung. Die Direktion glaubte, die Streikenden würden nach ein paar Tagen wieder umfallen und die Arbeit wieder aufnehmen. Sie hat sich aber getäuscht, und nun versucht man die Streikenden zu überreden und besuchte sie zu diesem Zweck in ihren Wohnungen. Aber alles half nichts. Die Streikenden blieben fest. Herr Direktor Hennings erklärte selbst, daß er wohl einsehe, daß die Leute Lohn erhöhungen haben müßten, aber die Aktionäre wollten nicht. Wie üblich, arbeitet auch dieser Betrieb mit Terrorismus, wo er es möglich machen kann. Den streikenden Arbeitern, die in der Kolonie wohnen, wurde die Wohnung am zweiten Tage gekündigt. Man ist nun beifried, Streikbrecher von auswärts heranzuziehen und hat schon in den verschiedenen Wäldern bürgerlichen Zeitungen versucht. Kein Arbeiter darf aber auf den Leim gehen und sich zum Verräter an seinen Arbeitskollegen machen. Mit dem Prozentum muß einmal gründlich aufgeräumt werden. Zugang ist fernzuhalten. Hoch die Solidarität!

Zahl Steuerern! Der erste Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1911/12 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Besitze eines Steuerzettels für die Stadt sind, in der Zeit vom 1. bis 10. Mai 1911 bei Bemeldung des Zuschlages der gefälligen Gebühr zu entrichten. Die Verlegung des Wohnsitzes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt oder einen Landbezirk und umgekehrt hat eine Änderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.

Handelsregister. Am 1. Mai 1911 ist eingetragen: 1. bei der Firma F. O. Friedrich u. Co. in Lübeck: Zehger, Inhaber: F. O. Heimers, Kaufmann in Lübeck. Der Ubergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch den Kaufmann Heimers ausgeschlossen. Die Firma ist in „F. O. Friedrich u. Co. Nachf.“ geändert; 2. bei der Firma Johannes Rickmann Mg. in Lübeck: Die Firma lautet jetzt: Richard Zimmermann; 3. bei der Firma Ernst Feldmann in Travemünde: Die Firma ist erloschen.

pb. Diebstähle. Vor ca. 14 Tagen ist von dem Flur eines Hauses in der Gertrudenstraße ein ca. 1 m langer und 60 cm breiter gelber Reiseforb aus Weidengeflecht gestohlen worden. In dem Korbe befanden sich nachbenannte Gegenstände: 1 gelbes Leinentuch, bestehend aus Faltenrock und langem Jackett. Der Kragen des Jacketts ist orangegelb, 1 weißer Leinenrock mit 15 cm breitem Spitzeneinsatz, 1 weiße Bluse, 1 Spachtelbluse, 2 Paar hellblaue durchbrochene Strümpfe und 1 abgetragener blauer Unterrock. — Aus der Veranda eines Restaurants am Gürtzdam ist gestern abend ein Fahrrad, Marke „Bismarck“, mit dem vom Polizeiamt gelieferten Nummerschildern 8413 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell und ebensolche Felgen, gerabe Lenkstange, braunen Sattel und braune Geschirrtasche. Das Fahrrad ist mit Torpedofreilauf und Rücktrittsbremse versehen. — In der Zeit von Anfang März d. J. bis zum 24. April ist aus einem Hause der Volkstheater ein weißes Satinleid für jugendliche Figur gestohlen. An dem Kleide ist ein Marinestragen, auf dem sich eine wertvolle Madeira-Stickerie, in blauer Farbe ausgeführt, befindet.

pb. Streikbrechung. Festgenommen wurde ein Hausierer aus Neuloh a. d. Oder, der seitens des Amtsgerichts in Neuloh wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wurde.

r. Gutin. Schauerlicher Fund. Bei Rummühlen fand ein Junge in der Schwentine eine Schachtel, in der sich eine Kindesleiche befand. Unter Verdacht des Kindesmordes, bezw. Beiseiteschaffung einer Leiche ist ein hiesiges Mädchen in Untersuchungshaft gezogen.

Hamburg. Die Situation auf den Hamburger Seeschiffswerften spitzt sich wieder zu. Als im Vorjahre der große Kampf auf den deutschen Seeschiffswerften beendet wurde, nahmen die Werftarbeiter an, daß die Werftbesitzer ihren gegebenen Versprechungen auch nachkommen würden. Nach den getroffenen Abmachungen sollten die bestehenden Einstellungsgehälter festgesetzt und um 2 Bsp. pro Stunde aufgebessert werden. Die Werftarbeiter legten das später so aus, daß die 1907 bestandenen Einstellungsgehälter hierfür die Grundlage bilden sollten. Hierüber herrschte in den Kreisen der Arbeiter begriffliche Erregung und verlangten sie — wie das auch gar nicht anders aufzufassen ist — daß die zurzeit des Ausbruchs des Kampfes bestandenen Einstellungsgehälter bei der Berechnung in Rechnung gestellt werden sollten. Wegen der Akkordpreise war bei den zentralen Verhandlungen bestimmt worden, daß diese vereinbart und derartig festgesetzt werden sollten, daß dabei „entsprechend über den Stundenlohn verdient werden kann“. Aber anstatt, daß die Werftbesitzer die Akkordpreise den Vereinbarungen gemäß erhöhen, wurde in vielen Fällen eine erhebliche Kürzung der Akkordpreise vorgenommen. Auch wegen der Bezahlung für die Nachtstunden ergaben sich Differenzen. Die Arbeiter der Hamburger Werften verlangten nach Beendigung des Kampfes den Zutritt einer örtlichen Verhandlungskommission, um über eine Reihe weiterer Streitpunkte eine Verständigung zu suchen. Während für die anderen Werftorte eine solche Kommission von den Unternehmern ohne weiteres anerkannt wurde, verweigerte man sie für Hamburg. Erst nachdem sich die Situation äußerst kritisch gestaltet und die Organisationsvertreter erklärten, jede Verantwortung für die Folgen ablehnen zu müssen, wenn die Werftbesitzer bei ihrer Ablehnung verharren würden, bequamen sich die Unternehmer endlich dazu, der Bildung der Kommission zuzustimmen. Die Verhandlungen der Hamburger Ortskommission sind nun

aber vollständig ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer haben sich hinter allerlei Ausreden verschüzt. Die von den Arbeitervertretern gewünschte Höhe der Einstellungslohn haben die Werksbesitzer rund abgelehnt und die Arbeitspreise als angemessen bezeichnet. Auch alle anderen Wünsche der Arbeiter sind unberücksichtigt geblieben. — In zwei stark besuchten Versammlungen der Werftarbeiter aller Branchen erstatteten die Vertreter der Ortskommission Bericht. Nach einer teilweise erregten Debatte fand eine Resolution Annahme, in der von den ergebnislosen örtlichen Verhandlungen Kenntnis genommen und die Organisationsleitungen aufgefordert werden, eventuell erforderliche schärfere Maßnahmen vorzubereiten. In den Werksbesitzern wird es nun liegen, den berechtigten Beschwerden abzuhelfen. Geschlecht das nicht, so wird die Situation gefährlich. Teilweise wurde in den Versammlungen entschieden verlangt, sofort weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Kiel. Todesstrafe für unmenschliche Verbrechen. Das Schwurgericht verurteilte den Schuhmacher Schild aus Norderstorf abermals wegen Mordes, Plünderung und Verbrechen gegen das feindliche Leben zum Tode, vier Jahren Zuchthaus und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Das Reichsgericht hatte in der Berufungssitzung das erste Urteil wegen eines Formfehlers beim Ausschluß der Öffentlichkeit aufgehoben. Der verurteilte Missetäter erdroffelte das Kind seiner Tochter mit einer Schlinge und verlangte, daß sie es den Schweinen zum Fressen vorwerfen sollte.

Stenaburg. Die Mai-Nachte der Werftgewaltigen. Auf der Stenaburger Schiffswerft wurden etwa 1500 Arbeiter bis zum 15. Mai ausgesperrt, weil sie den 1. Mai gefeiert hatten.

Wilhelmshaven. Der Offizier als Revolverheld. Das Oberkriegsgericht in Wilhelmshaven verurteilte Dienstag die Verurteilung des Leutnants Popolski, der am 17. März vom Kriegsgericht wegen versuchten Totschlages zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Er hatte seinerzeit in einem Nachtcafé nach einem Streit auf einen Reisenden mehrere Revolverkugeln abgegeben.

Die Ausschreitungen der Arbeiterwilligen der Maschinenbau-Gesellschaft vor dem Schwurgericht.

3. Verhandlungstag.

Bei der Beschuldigung des Tator des am Dienstag abend verübten Hauptmissetates ihre Schuld abzuwälzen und in Kleinigkeiten zu ergeben, wurden vom Vorsitzenden jedoch auf den eigentlichen Zweck der Beschuldigung verwiesen. Auch hier benahmten sich die Angeklagten dreist, wie überhaupt wohl selten vor Gericht solche frechen Menschen zu finden sind. Vor dem Pölschen Lokal hatte sich während des Lokalermittels eine große Menschenmenge angesammelt.

Heute wird zunächst die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Die telegraphisch aus Braunschweig geladene Zeugin ist nicht aufzufinden. Sollte auf deren Ladung unbedingt Anspruch erhoben werden, müßte die Verhandlung gegen die in Betracht kommenden Angeklagten ausgesetzt werden. — Die Verteidigung verzichtet auf die Ladung.

Zeuge Faber aus Bergedorf wird vorläufig unvereidigt vernommen, weil er mitbeteiligt war. Er war mit dem Zeugen Bai in Nr. 4 der Clementenstraße, wo ihm auch Lamotte die ganze Nacht Gesellschaft leistete. Gleich auf diese Aussage hin gibt er jedoch zu, auch in einem Varieteegewesen zu sein. Auf Vorhaltung des Vorsitzenden kann der Zeuge nicht angeben, ob er mit dem Mädchen „oben“ gewesen ist, kann durch diese Aussagen also nicht beweisen, daß Lamotte ohne Unterbrechung bei ihm war. Der Zeuge ist extra von der Verteidigung geladen worden und soll Lamotte entlasten. Die weiteren Aussagen des Zeugen sind ganz unbestimmt; er weiß nur noch, daß sie beim Verlassen des Bordells um 5 Uhr morgens von einem Schuhmann visitiert wurden, wobei dem Zeugen Bai ein Gummischlauch abgenommen wurde. Der Kadavri in der Clementenstraße will ihn nicht interessiert haben, er kann also auch nicht sagen, ob Lamotte mit hinausgegangen ist oder ob er drinnen blieb. Es sei alles hin und her gelaufen. Auf die Frage des Verteidigers behauptet der Zeuge trotz der unbestimmten Aussagen, Lamotte sei bis eine halbe Stunde vor seinem Weggang bei ihm gewesen. Der Zeuge wird hierauf beidigt. — Zeuge Bai, wiederholt vernommen, erzählt seinen Kundgebung, auf dem er und seine Begleiter die Wirtschaft Klaffenbüsch, das Variete International und zweimal das Bordell in Zeit von knapp drei Stunden besuchten. Von dieser Stunde an — 10 Uhr abends — blieb der Zeuge im Salon bis zum Morgen. Nun kann auch dieser Zeuge nicht mehr bestimmt sagen, ob Lamotte stets im Lokal geblieben ist; als er herunterkam, war nur noch Bai anwesend. Gektern behauptete dieser Zeuge, Lamotte habe das Lokal nicht verlassen. Zeuge Schuhmann Koerl behauptet, daß der Krawall bei Luckmann an der Untertrave um 1/21 Uhr gewesen ist, denn um 12 Uhr habe er erst den Dienst angetreten. Bei diesem Krawall war auch Bai beteiligt, somit stehen sich die Aussagen über die Zeitangabe gegenüber. Zum Schluß wird die so bestimmt gegebene Aussage des Zeugen Bai unsicher, er gibt zu, sich in der Zeit etwas zu täuschen, weil ihm die Uhr fehlte. Das Gericht beschließt auf Antrag der Verteidigung den Zeugen zu vereidigen. Damit ist die Zeugenvernehmung beendet. — Angekl. Cramer kann die Aussagen dieser Zeugen nicht zusammenreimen; er beschuldigt Lamotte der Teilnahme am Pölschen Krawalle. Daß Lamotte in der Clementenstraße geschossen habe, hält Cramer heute nicht mehr aufrecht. Er will ihn zeitweise mit Hünerlein verwechselt haben. Die jetzt fallen gelassene Aussage gab Cramer früher bestimmt zu Protokoll. Beim Pölschen Keller sei die Verwechslung aber keinesfalls vorgekommen, das behauptet er steif und fest. Ob Lamotte freilich dort geschossen habe, weiß Cramer heute nicht mehr, hat es jedoch am Montag behauptet. — Angekl. Schneider hat an dem Abend 18 Mk. in Bier und Schnaps umgelegt, dadurch sei seine Trunkenheit doch erwiesen, die auch einige Angeklagte zu seinen Gunsten bezeugen. Auch einige andere Angeklagte schüßen jetzt Trunkenheit vor. — Ein Geschworener möchte noch die Frage geklärt wissen, wie es komme, daß Gamm unbehelligt blieb, während Buschow in den Keller verfolgt wurde. — Kellner Brinkmann: Gamm ging erst nachher heraus, als Buschow schon geschlagen wurde. Als ich dies sah, habe ich Gamm gleich in eine andere Tür geschoben, damit er nicht in den Streit verwickelt würde. — Die Angeklagten Cramer und Willmann wehren sich gegen diese Aussage, der Kellner könne es nicht gesehen haben, er habe zu dieser Zeit bedient. — Dem widerspricht Zeuge Brinkmann wiederholt; er habe Buschow und Gamm zusammen das Leben gerettet, denn es wäre beiden schlimm ergangen, wenn sie im Flur oder Hofe von der Gesellschaft gefaßt worden wären. — Auf die Anfrage der Verteidigung erwidert Zeuge Bai, er habe keine Veranlassung gehabt, einen Gummischlauch mitzunehmen, denn belästigt habe ihn niemand von den Streikenden.

aber er habe aus Vorsicht so gehandelt, denn bei seiner Tätigkeit als Arbeiterwilliger in Stettin sei er schwer bedroht worden. — Angekl. Cramer sagt, sie — die Angeklagten — hätten gestern einstimmig beschlossen, auf die nicht aufzuhaltbare Zeugin nicht zu verzichten, wenn das Gericht ihnen nicht glaube. — Vors. : Da haben gestern Sie wohl den Vorfall gefühlt? — Schweigen.

Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Es tritt eine halbstündige Zwischenpause ein, bis die 118 Schuldfragen schriftlich fertiggestellt sind. Bei Verlesung der Schuldfragen machen die Verteidiger Einwendungen. Sie wollen die Fragen erweitert wissen. Der Vorsitzende erklärt den Geschworenen, daß er aus rechtlichen Gründen dem stattgeben müsse, die Verteidigung erschwere jedoch zumungunsten der Angeklagten die Aufstellung der Schuldfragen. Hierin steht Rechtsanwalt Dr. Jhde einen Vorwurf gegen die Verteidigung. Landgerichtsdirektor Dr. Meyer weist diese Äußerung zurück, er habe nur die rechtlichen Gründe hervorgehoben. Die Verhandlung wird auf Antrag der Verteidiger für eine weitere Viertelstunde vertagt, die sich über die Formulierung der Fragen beraten. Rechtsanwalt Dr. Jhde erklärt, im Interesse der Förderung der Sache habe die Verteidigung ihre Bedenken zurückgestellt, doch wünschen sie die Frage nach groben Unfug eingeschaltet. Dem wird entsprochen. Dann wird die Verlesung der Schuldfragen fortgesetzt und beendet. Morgen früh 9 1/2 Uhr beginnen die Plädoyers, und soll dann die Verhandlung ohne Unterbrechung zu Ende geführt werden.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. In d'Alberts Musikdrama „Tiefeland“ verabschiedete sich am Sonntagabend Frau Bartisch vom Lübecker Publikum. Das Theater war dicht gefüllt und reiche Blumen Spenden sowie endlose Herorufe bewiesen, daß die ausgezeichnete Künstlerin es verstanden hat, sich im Laufe der drei Jahre ihrer Tätigkeit am Neuen Stadttheater eine allgemeine hohe Wertschätzung zu verdienen. Ihre Leistungen als jugendlich-dramatische Sängerin, ihre „Mida“, „Desdemona“, „Elis“, „Elisabeth“, „Senta“, „Margarethe“, „Gräfin Almaviva“, — um bloß einige ihrer besten Partien zu nennen — werden in Lübeck nicht so bald vergessen werden. Für die außerhalb ihres faches liegende Marta in „Tiefeland“ mangelte am Sonntagabend Frau Bartisch manchmal die erforderliche mitteilende Gestaltungskraft; auch war sie noch sehr von Kapellmeister abhängig. Dem Bedro war Herr Viktor gleichfalls noch nicht gewachsen, wenn er auch für Einzelheiten gelegentlich sehr schöne Töne fand. Prachtvolle Darbietungen waren der Sebastianus des Herrn Langefeld und die Nuri des Fr. Streiten. Auch die kleineren Rollen waren mit den Herren v. Schenk (Moruccio), Wolmer (Tomato) und Haas (Viando) gut besetzt. Die unschätzbare Regie des Herrn Jäslaub und die temperamentvolle musikalische Leitung des Herrn Abendroth verdienen uneingeschränkte Anerkennung.

Mit einer Ausführung von Wagners erschütterndem Seelendrama „Tristan und Isolde“ schloß am Sonntagabend die Winterpielzeit, die letzte unter der Direktion Kurtsholz. Was der große Bayreuther Meister an verzehrender Liebe zu Mathilde Welfendank im Herzen trug, das klingt im „Tristan“ ergreifend in erhabenen Tönen wieder, bald weich und mild, bald stürmisch und elementar, bis der Tod die Liebenden selbig vereint. Wohl keiner der Werke Wagners wirkt so unmittelbar von innen heraus, wie dieses von tiefem Sehnen nach der Todesnacht erfüllte musikalische Seelengemälde von „Tristan und Isolde“. Am Sonntag gab Herr Pennarini vom Hamburger Stadttheater den Tristan packend in der Darstellung und auch gefänglich hoch befriedigend. Sein robustes Organ zeigte sich den Anforderungen dieser stimmvoller Partien durchaus gewachsen, wenn es auch gelegentlich die Spuren einer kleinen Inhibition erkennen ließ. Die Isolde wurde wieder von Frau Pfeil-Schneider vom Stettiner Stadttheater recht erfolgreich gelungen. Der derobidere Kurvenal Langefeld, die treue Brangäne der Frau Krüger, der Plet des Herrn Haas vervollständigten das Ensemble in bester Weise. Noch einmal konnte man die Regiekunst des scheidenden Herrn Jäslaub bewundern, der mit den vorhandenen in diesem Falle nicht gerade besonders reichen dekorativen Mitteln bedeutende Wirkungen zu erzielen vermochte. Die drei Jahre, während welcher Jäslaub in Lübeck tätig war, sind für unsere Oper fruchtbringend gewesen; man wird sein Scheiden deshalb nur bedauern können. Kapellmeister Abendroth dirigierte die Aufführung mit seltener Liebe für das grandiose Werk. Gelegentlich hätte er nur die Tommassen etwas mehr dämpfen müssen, damit die Stimmen der Sänger auch zu hören waren.

Am Schluß der Vorstellung gab es stürmische Ovationen für die Sänger, den Regisseur, den Kapellmeister und besonders für den durch Krankheit am Erscheinen verhinderten verdienten Direktor Kurtsholz. Herr Jäslaub dankte im Namen des letzteren allen denen, die dessen Direktionsführung sympathisch und wohlwollend gegenüber gestanden haben und wünschte dem Lübecker Stadttheater ferneres Blühen und Gedeihen.

Kurtsholz verläßt Lübeck. „Tristan und Isolde“ in der Oper, „Frank“ im Schauspiel brachte er zum Abschied. Beide Werke bedeuten Gipfelpunkte der Kunst. Es gereicht Herrn Kurtsholz zur Ehre, daß sein Streben nach solchen hohen Zielen gerichtet war. Auf pekuniären Erfolg konnte er dabei in Lübeck nicht rechnen, denn der „Kunstsin“ unseres zahlungsfähigen Publikums reicht dafür nicht aus. Während die wenigen Plätze des dritten Ranges, die für die vielen Tausende der Minderbemittelten bestimmt sind, meistens der Nachfrage bei weitem nicht genügen, waren Logen und Sperrsitze leer. Das ist nicht gerade ermutigend für den Direktor. Und für die wohlhabenden Leute hat man das Theater doch gerade gebaut! Wenn nun auch die Direktion Kurtsholz nicht alle Wünsche erfüllt hat, so bedeutet sie doch ein hochehrwürdiges Kapitel in der Lübecker Theatergeschichte. Durch ein stabiles hervorragendes Oper- und Schauspielpersonal unter Leitung erfahrener Regisseure und Kapellmeister wurden Vorstellungen herausgebracht, wie sie in Lübeck kaum vorher in gleicher Güte gesehen worden sind. Dafür werden alle Kunstfreunde dem scheidenden Leiter unserer städtischen Bühne Dank wissen. Auch den Bestrebungen der Arbeiterschaft, dem wertvollen Volk durch die Vermittlung des Arbeiter-Bildungsvereins billige und gute Aufführungen zu bieten, brachte Kurtsholz Interesse und Verständnis entgegen, wenn ihm auch die nötige Ellenbogenfreiheit fehlte, um dem Verlangen nach Volksovervorstellungen zu entsprechen. Der kommende Mann, Herr Fuchs, der sich bisher als ausgezeichnete Darsteller und Regisseur bewährt hat, wird es nicht leicht haben, als Theaterleiter den Schatten seines Vorgängers zu bannen.

P. L.

Als letzte Vorstellung für den Arbeiterbildungsverein gelangte am Sonntag nachmittag im Neuen Stadttheater vor vollem Hause Hauptmanns Komödie „Der Wiberpelz“ zur Wiedergabe. Die Aufführung wurde recht befällig aufgenommen.

Im Stadthallen-Theater schloß Sonntag die Winterpielzeit mit einer Vorlesung von Marlowe „Die goldene Ritterzeit“, in der namentlich Herr Fuchs noch einmal seine prächtige Darstellungskunst wirksam entfalten konnte. P. L.

Standesamtliche Nachrichten

vom 23. bis 29. April 1911.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

16. April. Bureauhilfe F. H. F. Junge, 18. Steuermann K. Groot, 19. Bootsmann J. F. F. Dierks, 20. Arbeiter H. Chr. F. Hoffmann, 21. Lehrer H. F. C. Chr. Herring, Schneider H. F. W. Rathke, 22. Eisenreher G. H. A. Neethen, Kaufmann B. H. Kesten, Bierfuhrmann J. F. R. W. Kozlin, Waurat G. Mühlenpfordt, 23. Selzer M. F. Jäger, 24. Bureauhilfe J. H. A. Scherke, Telegraphenarbeiter J. H. J. Ventken, Schmied F. A. Ulls, 25. Arbeiter J. F. Chr. Fiel, Maurer J. C. G. Dahme, Arbeiter B. F. J. Th. Höller.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

10. April. Schmied H. F. H. Glade, 16. Arbeiter A. F. F. Meißler, 19. Eisenbahn-Assistent M. C. Schrage, Gerichtsvollzieher C. F. F. Chr. Angerstein, 20. Tischler J. F. G. Jelsk, Kolonialwarenhändler K. F. F. Korf, 21. Arbeiter K. Chr. F. Schlichting, 22. Kranenwärter H. W. L. Branner, Tischler W. H. D. C. Ahlers, 23. Arbeiter A. F. F. Ventken, 24. Mieter J. H. W. Bräukmann, Maurer W. F. Dammann, 25. Arbeiter J. F. H. Wittmaack, Wäffler D. H. Demuth, Arbeiter J. F. Chr. Höller, Arbeiter G. A. G. Höppner, Motorbootführer J. H. W. Möller, 26. Arbeiter F. A. Griechen, 27. Arbeiter G. H. F. Erdmann, Drechsler J. Chr. Fr. A. L. Neveermann.

Angeordnete Aufgebote.

24. April. Zimmermann Th. C. W. Dittmar und A. C. Schilasky, Prothändler W. H. L. Viel in Rükning und J. F. M. Bohnhoff, Kassenbeamter B. A. F. Blath und A. C. M. Speer in Berlin, Schlosser W. H. H. Heid und M. Chr. C. Bremer, 25. Klempner H. W. Gd. Warnde und M. M. Chr. Möller, Heizer J. Steinbeck und A. M. D. Schlichting, Schlosser H. F. H. Lege und A. M. A. Mohns, 26. Arbeiter J. F. H. Tahnke und M. C. E. Oldach, Müller L. C. H. Eggers und Chr. S. M. Dohrendorf in Bliestorf, Buchhalter K. W. Koenig und M. M. Böger, 27. Privatmann J. F. F. Tahnke und D. M. D. Heins in Wandsbek, Techniker F. H. Preischneider und A. M. M. Peterfen, 28. Heizer C. W. A. Anders in Kiel und A. M. M. S. Mich, Schlachter J. M. M. A. F. C. Fockebrook und H. C. A. Freilager in Hamburg, Schiffbauer K. F. J. Zimmermann, und M. D. F. Graack, 29. Schmiedemeister H. Chr. Stange in Schiermieze und D. F. M. Schmidt in Lantow, Telegraphenarbeiter W. F. M. Ahrendt und C. M. M. Hoff, beide in Hamburg, Arbeiter K. K. F. Sändermann und A. C. Möller, Schiffsoffizier W. H. L. Laudi und F. Rübbergen, Triale, Handlungsgewerbe H. A. J. C. Ruwoldt und D. L. M. Stamer, Tischler H. W. Valentijn und C. A. M. Beck, Monteur J. H. C. Wulf in Wandsbek und M. S. A. Detloff.

Cheflichungen.

25. April. Stadtbauführer F. D. M. Klesoth in Essen und C. H. C. Giese, Ober-Pölschaffner K. A. R. Holzhäter und M. C. L. Kipp, 28. Straßenbahnwagenführer J. C. W. Schleichs und M. M. G. Strothmann, Milchhändler O. K. H. Struwe und C. A. M. Schlichter in Stubben, 29. Maschinist H. F. Weisert in Neuhof bei Hamburg und D. A. C. Wols.

Sterbefälle.

22. April. Zimmergasse H. J. F. Richter, 60 J. (Stoekelsdorf), Schmidt J. G. Rothe, 63 J. Arbeiter K. Dömannsky, 75 J. 23. Hauswirt L. F. D. Schnell, 67 J. (Lüdersdorf), C. M. geb. Witt, Witwe des Arbeiters H. F. Knaack, 79 J. W. A. N. Schütz, 1 J. C. W. G. Kesslag, 12 J. C. H. F. J. Kröplin, 7 M. J. L. A. geb. Möllendort, Witwe des Polizeidiener Ch. F. F. Nürnberg, 85 J. G. L. M. geb. Berg, Ehefrau des Verbandssekretärs H. C. L. Mohr, 85 J. W. F. C. geb. Wulf, Ehefrau des Arbeiters J. C. L. Jelsk, 51 J. K. Lüth, 3 M. 24. Schiffskapitän a. D. J. G. A. Lüders, 79 J. Tischler J. F. G. Engeler, 63 J. 25. Ein Mädchen, 6 Tage, B.: Gerichtsvollzieher C. F. F. Chr. Angerstein, Maurer J. M. Friedrich genannt M. Peufert, 41 J. Schiffseigner C. H. Schlegelmann, 45 J. (Königsleitn i. Sachsen), A. W. G. geb. von Dannenberg, Ehefrau des Oberst a. D. O. A. C. Beckh, 65 J. 26. A. C. E. geb. Ruppel, Witwe des Malermeisters J. H. Richter, 88 J. Arbeiter J. H. F. Freytag, 51 J. Händler C. M. F. Krauel genannt Behrens, 48 J. M. A. L. Lemcke, 10 M. Schlachtermeister C. Klein, 58 J. Invalide G. F. H. Peterfen, 57 J. M. A. D. geb. Schulz, Ehefrau des Bahnwärters W. C. M. Meincke, 20 J. (Krohlofschagen), C. G. A. geb. Koch, Witwe des Schreibers B. Jarchau, 72 J. 27. K. H. F. J. Stüß, 2 M. Abteilungsleiter H. A. Ochsenfeld, 62 J. 28. D. C. geb. Samtan, Witwe des Arbeiters J. F. H. Stender, 81 J. C. D. C. geb. Pfeiffer, Witwe des Zigarrenarbeiters J. H. L. Lüth, 79 J. A. F. G. Fochimsen, 1. J. M. F. F. geb. Kresschmer, Ehefrau des Modellzeichners D. G. W. Mathias, 40 J. M. J. C. geb. Lange, Ehefrau des Lagerhalters J. K. C. W. Funt, 30 J. (Schlutup), Invalide G. F. Wulfs, 66 J. 29. D. G. S. Eggert, 3 M. Ein totes Mädchen, B.: Arbeiter H. G. W. Beckmann.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschau-Viehmarkt vom 2. Mai.

Auftrieb 3450 Schweine. Markt lebhaft geräumt, überfland — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 54.— bis 54,50 (43.— bis 43,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 54.— (—, — bis 43.—) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 55,00 bis 56.— (43,00 bis 43,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 55.— bis 56.— (43.— bis 43,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50,00 bis 50,00 (38,00 bis 41,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 46.— bis 47,00 (37.— bis 37,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Proz., 43.— bis 44.— (31.— bis 35.—) Mk.

Briefkasten.

C. B. Das Haus kann ihnen nicht verboten werden, wenn Sie einen Mieter beschreiben wollen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung, Verleger: L. H. Schwarzh. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



Meyer's Kaffee

in Paketen.

Naturell gerösteter Bohnen-Kaffee.

Beste Qualitäts-Marke!

Marke:

Hausmütterchen Pfd.	1.40
Aschenbrödel Pfd.	1.50
Mein Liebling Pfd.	1.60
Madame Sans-Gêne Pfd.	1.70
Marquise Pompadour Pfd.	1.80
Biedermeier Pfd.	2.00
Favorite Pfd.	2.20
Edelräulein Pfd.	2.50

1/1 und 1/2 Pfund.

Kaffee ist ein Vertrauens-Artikel.

Meyer's Kaffee in Paketen verbürgt Sauberkeit, Frische und eine sich stets gleichbleibende hervorragende Qualität

Nur zu haben bei nachfolgenden Firmen:

Lübeck, Stadt:

H. Beckmann, Engelsgrube 51. Teleph. 1700.
Ludw. Hartwig, Obertrave 8. Telephon 349.
Ernst Henk, Mühlentor 50. Telephon 1587.
Wilh. Kalm, Inh.: Wilh. Pohn, Schlüsselbuden 5. Telephon 1154.
Löhmann & Co., Kurze Königstr. 127. Tel. 272.
Gust. Magaard, Johannisstr. 13. Tel. 1923.
Eduard Speck, Hüxstraße 90. Telephon 598.
Otto Trepkau, Fleischhauerstr. 11. Tel. 867.
Ernst Volk, Gr. Burgstraße 59. Telephon 410.
Ad. Wichmann, Beckergrube 56. Teleph. 325.

Burgtor:

Gustav Thomsen, Inh.: Carl Hudoffsky, Marlistraße 44. Telephon 1761.
Ludwig Welcher, Inh.: Johs. Eivers, Langereihe 2a. Telephon 528.

Hüxtertor:

Rud. Brinkner, Hüxtertor-Allee 5. Tel. 360.
O. Kreuzfeldt, Travellmannstr. 21. Tel. 9045.
Ernst Lüth Nachfg., Spillerstr. 5. Tel. 493.
Carl Piper, Blücherstraße 23. Telephon 8955.

Mühlentor:

Gebr. Begasse, Umlandstraße 7. Teleph. 491.
W. Gieffeldt, Friedrichstraße 1. Teleph. 2241.
Max Petersen, Ratzeburger Allee 40. Tel. 824.

Holstentor:

Ad. Danielsen, Moislinger Allee 2b. Tel. 1810.
Bernh. Grube, Lachswelch Allee 25. Tel. 2264.
Johs. Schwang, Schwartau Allee 5. Tel. 1809.
Otto Bähneck, Friedensstraße 76.
Carl Trost Nachfg., Fackenburg Allee 55. Telephon 1990.
Johs. Schröder, Ziegelstraße 14.

Paul Oldenburg, Fackenburg. Tel. 2018.
Aug. Lembcke, Cleverbrück. Teleph. 2215.
Paul Draguhn, Schwartau. Telephon 1789.
J. U. Kröger, Travemünde. Torstraße 1. Telephon 1. Kaiser Allee 5a. Telephon 48.
J. U. Kröger, Niendorf a. O. Telephon 16.
J. Haht, Pansdorf.
K. Barkmann, Schlutup.
P. Marquardsen, Schlutup.
P. Krellenberg, Selmsdorf.
H. Deppen Nachfg., Dassow.

Hamburg-Freihafen

(direkter Import).

Als Spezialität feinsten
Salzheringe, Fischkonserven, Salzgurten, Käse u.
empfehlen sich die Firma
H. L. Wiegels (vorm. I. C. Bunge) G.m.b.H., Fischergrube 61.

Achtung!

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Mitglieder-Versammlung

heute Mittwoch, den 3. Mai
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1911.
2. Die Entlassung der Kollegen bei Billeroy & Koch, Dänischburg.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.
Die Zweigvereinsleitung.

Zentral-Verband der
Zimmerer
Deutschlands.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
Donnerstag, 4. Mai,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Innere Verbandsangelegenheit.
2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck
Versammlung
Donnerstag, den 4. Mai,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Der Vorstand.

Fahrplan

der Lübecker Strassenbahn

Gültig ab 1. Mai 1911.

Die Stundenangaben der Spätwagen sind durch fette Ziffern bezeichnet.

Linie 1. Roekstrasse-Kronsfordter Allee. (Weißes Licht.)

Nach dem Krankenhaus.	Nach der Roekstraße.
Ab Roekstraße 5.35* 6.35* 6.55 7.05 7.15 7.25 7.35 7.45 usw. alle 10 Min. bis abends 10.35 und 11.20 12.25 Uhr.	Ab Krankenhaus 6.00* 7.00* 7.15 7.35 7.45 7.55 8.05 8.15 8.25 usw. alle 10 Min. bis abends 10.55 11.25 11.35 11.45 u. 12.00 12.50 Uhr.

Vom Krankenhaus fährt der erste Wagen über Kohlmarkt, Bahnh. (hat hier Anschluss an den Lübecker Zug 6:22) nach Kronsfordter Allee.

Linie 2. Israelsdorfer Allee-Kronsfordter Allee. (Grünes Licht.)

Nach dem Krankenhaus.	Nach dem Kirchhof.
Ab Kirchhof 7.00 7.10 7.20 7.30 7.40 7.50 8.00 usw. alle 10 Min. bis abends 10.40 und 11.00 12.00 Uhr.	Ab Krankenhaus 7.15 7.25 7.35 7.45 usw. alle 10 Min. bis abends 10.45 und 11.15 11.25 12.25 Uhr.

Linie 3. Kohlmarkt-Kronsfordter Allee. (Weißes Licht.)

Nach Kronsfordter Allee.	Nach Kohlmarkt.
Ab Kohlmarkt 6.10* 6.50 7.00 7.10 7.20 7.30 7.40 7.50 usw. alle 10 Min. bis abends 10.30 und 10.42 11.00 12.10 Uhr.	Ab Kronsfordter Allee 7.05 7.15 7.25 7.35 7.45 usw. alle 10 Min. bis abends 11.12 11.18 12.22 Uhr.

Linie 4. Ratzeburger Allee-Schwartauer Allee. (Weißes Licht.) (Wird erst im Laufe des Jahres eröffnet.)

Jetzt noch: Kohlmarkt-Schwartauer Allee.

Nach Schwartau Allee.	Nach Kohlmarkt.
Ab Kohlmarkt 6.55 7.05 7.15 7.25 7.35 7.45 7.55 usw. alle 10 Min. bis abends 10.45 und 11.35 Uhr.	Ab Schwartau Allee 7.07 7.17 7.27 7.37 7.47 7.57 8.07 usw. alle 10 Min. bis abends 10.55 11.07 und 11.55 Uhr.

Nach Beendigung von Konzerten verkehren eventuell in beiden Richtungen Sonderwagen.

* Nur an Werktagen vom 1. Mai bis 1. Oktober.

Linie 5. Marktplatz-Hansastrasse. (Weißes Licht.)

(Wird erst im Laufe des Jahres eröffnet.)

Jetzt noch: Marktplatz-Bahnhof.

Nach dem Bahnhof	Nach dem Marktplatz bzw. Kohlmarkt.
Ab Marktplatz bzw. Kohlmarkt 7.02 7.07 7.12 7.17 7.22 7.27 7.32 7.37 7.42 7.47 7.52 7.57 8.02 8.07 usw. alle 5 Min. bis abends 10.07 und 10.22 11.30 11.50 12.10 12.32 12.35 (und 1.00 Uhr am Sonntags).	Ab Bahnhof 7.02 7.07 7.12 7.17 7.22 7.27 7.32 7.37 7.42 7.47 7.52 7.57 8.02 8.07 usw. alle 5 Min. bis abends 10.07 und 10.22 11.30 11.50 12.10 12.32 12.35 (und 1.00 Uhr am Sonntags).

Die in Lübeck eintreffenden Züge:

abends 11.25 und 12.30, sowie an Sonntagen 1.00 Uhr von Hamburg, abends 12.32 Uhr von Meinen,

11.28 " " Büchen,
11.15 " " Travemünde,
12.05 " " Cuxin

haben, wenn sie ohne Verspätung eintreffen, Anschluss mit der Eisenbahn sowohl nach dem Mühlentor als auch nach dem Burgtor.

Linie 6. Bahnhof-Marli. (Weißes Licht.)

Nach dem Bahnhof.	Nach Marli.
Ab Marli 5.25* 6.14* 6.28* 6.44* 6.52 7.00 7.08 7.16 7.24 7.32 usw. alle 8 Minuten bis abends 10.28 10.36** und 10.44 10.52 11.00** 11.08 11.16** 11.32 12.10 Uhr.	Ab Bahnhof 5.50* 6.38* 7.02* 7.10 7.18 7.26 7.34 7.42 7.50 7.58 8.06 8.14 usw. alle 8 Min. bis abends 10.46 10.54** und 11.02 11.10** 11.18 11.26 11.34 12.12 12.36** Uhr.

Anmerkung:

* Nur an Werktagen vom 1. Mai bis 1. Oktober und ab Dövelstr. 11.22 Uhr.

** Nur an Sonn- und Festtagen.

*** Markt eventuell die Verspätung der um 12.30 von Hamburg und 12.32 von Meinen eintreffenden Züge ab.

Linie 7. Bahnhof-Israelsdorf. (Weißes Licht.)

(Wird erst im Laufe des Jahres eröffnet.)

Jetzt noch: Geibelplatz-Israelsdorf.

I. Vom 1. Mai bis 30. September.

Nach Israelsdorf.	Nach Geibelplatz bzw. Burgtor.
Ab Geibelplatz bzw. Burgtor vorm. 6.57 7.17 7.37 7.57 8.17 8.37 8.57 9.17 alle 20 Min. bis nachm. 2.17. Nachm. 2.17 2.27 2.37 2.47 2.57 3.07 3.17 3.27 3.37 alle 10 Min. bis abends 9.27. Während der Sommermonate Juni- August Spätwagen abends 10.27. An Sonntagen 9.37 9.47 10.07 10.17 10.27 10.37 Uhr.	Ab Israelsdorf. vorm. 7.12 7.32 7.52 8.12 8.32 8.52 9.12 9.32 alle 20 Min. bis nachm. 2.32. Nachm. 2.32 2.42 2.52 3.02 3.12 3.22 3.32 3.42 3.52 alle 10 Min. bis abends 10.02. Während der Sommermonate Juni- August Spätwagen abends 10.52. An Sonntagen 10.12 10.22 10.32 10.42 10.52 11.02 Uhr.

An Sonntagnachmittagen und an Wochentagen, wenn anlässlich stattfindender Konzerte, Schulfestlichkeiten usw. ein größerer Verkehr auf der Israelsdorfer Linie zu erwarten steht, wird die Wagenfolge durch Einlegung von Extrawagen auf dieser Linie auf einen 5 Minuten-Verkehr nach Bedarf verstärkt und eventuell an Konzertabenden bis 11.22 Uhr verlängert.

II. Vom 1. Oktober bis 31. März:

Nach Geibelplatz bzw. Burgtor	Nach Israelsdorf
Ab Geibelplatz bzw. Burgtor vorm. 7.07 7.27 7.47 8.07 alle 20 Minuten bis abends 8.27 Uhr.	Ab Israelsdorf vorm. 7.22 7.42 8.02 8.22 alle 20 Minuten bis abends 8.52 Uhr.

III. Vom 1. April bis 30. April.

Nach Geibelplatz bzw. Burgtor	Nach Israelsdorf
Ab Geibelplatz bzw. Burgtor vorm. 6.57 7.17 7.37 7.57 8.17 8.37 8.57 alle 20 Minuten bis nachm. 2.17 Uhr. Nachm. 2.17 2.27 2.37 2.47 2.57 3.07 3.17 3.27 alle 10 Min. bis abends 8.27 Uhr.	Ab Israelsdorf vorm. 7.12 7.32 7.52 8.12 8.32 8.52 9.12 9.32 alle 20 Min. bis nachm. 2.32 Uhr. Nachm. 2.32 2.42 2.52 3.02 3.12 3.22 3.32 3.42 alle 10 Min. bis abends 8.52 Uhr.

An den Nachmittagen der Sonn- und Festtage verkehren die Wagen auf dieser Linie von nachmittags 3 bis 10 Uhr abends alle 10 Minuten.

Lübeck, den 1. Mai 1911.

Die Betriebsverwaltung.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 2. Mai 1911.

164. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Delbrück.

Präsident Graf Schwerin-Löwig heißt die Abgeordneten nach der vierwöchentlichen Pause herzlich willkommen und gedenkt des Todes des Fürsten von Schaumburg-Lippe. (Die Abgeordneten haben sich von den Plätzen erhoben.)

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung.

Staatssekretär Delbrück: Das Einführungsgesetz und das Gesetz betr. die Aufhebung des Hilfskassengesetzes sind notwendige Folgen der Reichsversicherungsordnung. Das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung schafft Übergangsbestimmungen für die Zeit des Wechsels der gesetzlichen Vorschriften. Zunächst bestimmt es den Termin des Inkrafttretens der neuen Bestimmungen; zum Teil wird ein Termin im Gesetz festgesetzt, zum Teil wird seine Festsetzung einer Bundesverordnung überlassen. Für die Hinterbliebenenversicherung wird der 1. Januar 1912 eingesetzt werden müssen, nachdem das Volltarifgesetz entsprechend abgeändert ist; aber die Hinterbliebenenversicherung wird am 1. Januar 1912 nur dann in Kraft treten können, wenn die Reichsversicherungsordnung selbst erheblich früher erledigt ist. Der Redner geht dann, bei seiner leisen Stimme schwer verständlich, auf einige Übergangsbestimmungen ein.

Trimborn (Z.): In den ersten Jahren wird das Einführungsgesetz von größerer Bedeutung sein als das Hauptgesetz und deshalb beantrage ich, es an eine Kommission zu verweisen. Wenn die Hinterbliebenenversicherung am 1. Januar 1912 in Kraft treten soll, wird die Reichsversicherungsordnung schon erheblich vorher erledigt sein müssen — das ist eine ernste Mahnung für unsere Arbeiten. Es wird darauf Rücksicht zu nehmen sein, daß die Hinterbliebenenversicherung ursprünglich zum 1. Januar 1910 versprochen war, und in gewissen Umfangen wird ihr eine rückwirkende Kraft beizulegen sein. (Sehr richtig! im Zentrum.) In bezug auf die Krankenkassenbeamten müssen wohlverordnete Rechte gesichert werden, aber die Unterstellung der bisherigen Beamten unter die neue Dienstordnung erscheint, wenigstens prima vista unbedenklich, und in fraudem legis zur Umgehung des kommenden Gesetzes geschlossene Verträge werden wir nicht als mit lone fides (gutgläubig) geschlossene anerkennen. (Zust. im Zentrum.)

Schickert (K.): Zu der Anregung, der Hinterbliebenenversicherung rückwirkende Kraft beizulegen, haben meine Freunde noch keine Stellung genommen, doch glaube ich, daß sie ihr aus finanziellen Erwägungen nicht werden zustimmen können. — Verträge, die von den bisherigen Kassenangestellten zur Umgehung des Gesetzes geschlossen sind, können wir nicht respektieren, und unangemessen hohe Bezüge von Kassenangestellten können ebenfalls nicht ungekürzt bleiben, doch wünsche ich meine Freunde, daß in jedem einzelnen Falle mit Rücksicht und Schonung vorgegangen werde. (Zustimmung rechts.)

Hoch (Soz.): Die Bestimmungen des Einführungsgesetzes, welche die Verhältnisse der bisherigen Kassenangestellten regeln, sind von grundsätzlicher Bedeutung, sie bringen etwas Neues, noch nie Dagewesenes in die Gesetzgebung hinein, es soll ohne jeden zwingenden Grund das Geschehen, was sonst nur in revolutionären Zeiten als ein Akt der Revolution durchgeführt wird, nämlich die Entziehung wohlverordener Rechte. Eine Begründung dafür, daß wohlverordnete Rechte ohne jede Entschädigung entzogen werden sollen, ist nirgends gegeben. Es handelt sich dabei um die Aufhebung eines Rechtsgrundgesetzes nach bürgerlicher Anschauung, der bisher als erster Grundsatz der Staatserhaltung gegolten hat. Alle Juristen, die sich bisher mit dieser Frage beschäftigt haben, können

es gar nicht begreifen, wie die Regierung zu einem solchen Vorschlag gekommen ist. Ein so reaktionärer Jurist, wie Professor Zorn — um von anderen ganz zu schweigen, erklärt es für die selbstverständliche Pflicht einer jeden Regierung, die Staatsbürger nicht bloß gegen rechtswidrige Handlungen zu schützen, sondern sich auch selbst jedes ungesetzlichen Eingriffs in das Eigentum und die Rechte der Staatsbürger zu enthalten. Und ungesetzlich ist dieser Eingriff; denn die Verträge sind geschlossen auf Grund der Gesetze und im Vertrauen auf die Gesetze. Deshalb dürfen die wohlverordneten Rechte nicht ohne Entschädigung entzogen werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dieser Grundsatz ist hier auch stets anerkannt worden. Ich erinnere an das Gesetz, durch welches die Privatposten aufgehoben wurden, ferner an das Verbot der Phosphorzündhölzer; erst kürzlich beschäftigte man sich in diesem Hause bei der Vertagung der Steuer mit der Besteuerung der Landesfürsten, und da erklärten dieselben Herren, welche jetzt den Kassenbeamten ihre Rechte nehmen wollen, die Fürsten mußten steuerfrei bleiben aus staatsrechtlichen Gründen. Bei den Kassenbeamten haben sie staatsrechtliche Bedenken dagegen nicht. Bei der Einführung des preussischen Einkommensteuergesetzes wurden an die Reichsunmittelbaren sehr erhebliche Entschädigungen gezahlt, weil ihre wohlverordneten Rechte geschädigt wurden. Bei den Kassenbeamten, die ja nur gewöhnliche einfache Menschen sind, geht man sich darüber hinweg. Dieses Vorgehen der Regierung ist so ungeheuerlich, daß selbst ein Mann, wie der Amtsgerichtsrat Hahn, die Frage aufgeworfen wie es möglich sei, daß eine solche Gesetzesvorlage gemacht wird, und er macht für die Herren Geheimräte das Privilegium der Dummheit geltend und meint, sie übersehen die Tragweite ihrer Handlungen nicht. Ich meine aber, die Herren müßten sehr wohl, was sie taten, ich glaube gänzlich, daß es ihnen mit dieser Bestimmung ernst ist, ich sehe darin nur ein abgelartetes Spiel, die Regierung soll einen solchen Vorschlag machen, und dann werden die bürgerlichen Parteien sich als die Verteidiger der bürgerlichen Rechte hinstellen und eine kleine Entschädigung zubilligen. (Widerspruch im Zentrum.) Jawohl, Herr Kollege Becker! in dem langen Sommer, in dem ich mit Ihnen zusammenarbeitete, habe ich gelernt, auch an solche Dinge zu glauben. Wenn meine Voraussetzung richtig ist — und darin bestärken mich die ungenügenden Entschädigungsanträge, die in der Kommission gestellt sind, so muß ich doch betonen, mit Entschädigungen sind nur Einzelpersonen abzumachen, hier aber dreht es sich nicht nur um Ansprüche und Rechte der in Betracht kommenden Personen, sondern um die Leistungsfähigkeit der Krankenfürsorge, um das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter, darum, ob die Krankenfürsorge weiter ausgebaut und verbessert oder heruntergedrückt werden soll. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Und wenn eine Entschädigung für die Kassenbeamten ausgesprochen wird, wer soll sie bezahlen. Die Regierung wird sagen, das sollen die Kassen tun. Liegt denn aber irgend ein Grund zu solcher Maßnahme vor. Die Regierung, der Staatssekretär, Herr Trimborn und Herr Schickert hätten doch die Pflicht gehabt, den Nachweis zu erbringen, daß eine Notwendigkeit vorliegt, die Kassen zu entlasten, sie zu bevormunden und ihnen ihre Beamten zu nehmen. In der Kommission ist Herr Becker als Wortführer seiner Partei aufgetreten und sagte, er hätte wohl Material, er wolle es aber erst im Plenum vorbringen. Im Plenum sagt jetzt Herr Trimborn, das sind Einzelheiten, das werden sie erst später vorbringen. Bei so ungeheuerlichen Dingen ist man verpflichtet, das Material vorzubringen. Aber sie haben kein Material und drücken sich deshalb von einem Tage zum anderen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Sie müssen ja fürchten, wenn Sie mit Ihren Schauerergüssen kommen, daß wir in jedem einzelnen Falle die Unwahrheit nachweisen, und deshalb wagen Sie nicht, mit der Sprache herauszugehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Was hat denn die Regierung für Material vorgebracht? Nur die Verträge, die hier und in der Presse wiederholt schon besprochen sind. Zu

meinem Bedauern hat Herr Trimborn auch heute die Hand dazu geboten, gewisse Lügennachrichten über diese Verträge zu unterstützen, denn er sprach von Verträgen, die in bösslicher Absicht, um dem Gesetz ein Schnippchen zu schlagen, geschlossen sind. Die Verträge reichen bis zum Jahre 1900 zurück. Damals hat bereits Regierungsrat Dr. Hoffmann, der einflußreichste Mann in diesen Dingen — er ist viel einflußreicher, als die Herren auf dem Ministerstisch — geschrieben, eine Verbesserung der Verwaltung der Krankenkassen würde nur dadurch zu erreichen sein, daß die Verwaltung der Gemeindeverwaltung oder der des weiteren Kommunalverbandes angegliedert wird, wie es jetzt der Entwurf indirekt vorsieht. Weiter verlangt er, daß im Streitfalle der Vorsicht aus der Zahl der Kommunalbeamten genommen wird, wie es ebenfalls der Entwurf vorsieht und ebenso wollte er, daß die Kassenbeamten von der Gemeinde zur Verfügung gestellt würden. Damals suchten die Kassenbeamten sich gegen solche Vergewaltigung zu schützen und traten in Berlin zusammen und verlangten den Abschluß eines Tarifvertrages, in dem sich der ominöse Paragraph 1 schon wörtlich findet. Ist das etwa böswillig geschehen gegen die spätere Gesetzgebung, und nicht vielmehr ganz loyal, um ihre Stellung zu sichern? Aus der Vorlage sehen Sie ja, wie berechtigt die Furcht der Kassenbeamten war. Und es handelt sich bei diesen Beamten nicht um Leute, die heute und gestern oder vor wenigen Jahren ihre Stellung angetreten haben und sich ebenso leicht andere Stellen suchen können. Die Krankenfürsorge besteht jetzt 28 Jahre und wir haben Beamte, die seit 20 und mehr Jahren in ihren Stellungen sind, sich vorzüglich eingearbeitet haben, aber bei ihrem vorgerückten Alter und ihrer seitherigen einseitigen Beschäftigung für andere Stellen unfähig geworden sind. Daß solche Leute sich in ihrer Stellung schämen wollen, ist doch selbstverständlich, und auch Herr Trimborn würde in einem solchen Falle als Familienvater diese Verpflichtung empfinden. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Es handelt sich also nicht um eine Täuschung des Gesetzes, sondern um einen Akt der Notwehr, und bei der Notwehr muß man es den Leuten auch zugute halten, wenn sie etwas über das Ziel hinauschießen. Ich trage nicht Bedenken zu sagen, daß das geschehen ist, es sind Bestimmungen ungeschickt abgefaßt, weil die Leute sich vor Vergewaltigung schützen wollten. Mit großer Eile ist nicht vorgegangen worden, im Jahre 1900 sind die Berliner Angestellten mit ihrer Forderung aufgetreten, und erst im Jahre 1906 wurde der Vertrag angenommen und in der ganzen Zeit ist öffentlich darüber diskutiert worden, und bei den Vertragsverhandlungen 1906 waren Dr. Hoffmann und noch ein Regierungsvertreter zugegen. Aber diese fanden nichts dagegen zu erinnern und ebensowenig die Aufsichtsbehörden, die sich in den nächsten Jahren damit zu beschäftigen hatten. Erst 1910 wurde der Spandauer Fall vom Obergericht entschieden, und die von ihm beanstandeten Bestimmungen sind dann sofort beseitigt worden. Schon 1907 ist der Vertrag auch im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht worden und weder der Staatssekretär noch irgendeiner der anderen Herren haben sich damals darüber entäußert. Es ist auch unrichtig, daß nur sozialdemokratische Kassen solche Bestimmungen getroffen haben. Herr v. Westarp liest freilich aus der Bestimmung, daß politische Gründe kein Grund zur Entlassung sein dürfen, heraus, daß die Kassen sogar Königsmörder anstellen wollen. (Lachen b. d. Soz.) Solche Einwände sind natürlich nicht ernst zu nehmen. Von Kassen, deren Vorstandsmitglieder überwiegend dem Zentrum angehören, sind diese Verträge ebenfalls geschlossen worden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) und in einem nicht von einer Krankenkasse, sondern von der Aufsichtsbehörde geschlossenem Verträge heißt es, daß nur bei wiederholter grober Verletzung der Dienstpflicht eine Kündigung zulässig ist. Warum stellt man denn dann eine solche Aufsichtsbehörde nicht unter Kuratel? (Graf Westarp (K.): Deshalb machen wir eben das Gesetz!) Nein, Sie machen das Gesetz als ein Aus-

Die Dagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(15. Fortsetzung.)

„Halt er an! Halt er an, junger Reiter, daß die Mähre nicht mit ihm durchgeht! So ist es nicht gemeint. Wenn ich unglücklich bin, will ich es nicht für den Böbel sein. Ich bin es für mich, an trübem, grauem Tagen wie heute; bin es für die Vertrauesten; bin es jetzt gewesen für einen biederen Jungen, dem ich gestern Abend ins Herz gebliebt, und den ich lieb gewonnen. Also, mein Schöndchen, das bleibt unter uns. Aber die Kunst, die Schauspielkunst, die wahren Künstler schätze ich nicht gering; das haben wir falsch verstanden, junges Kamel mit geschorenem Schädel. Denn ich müßte dann auch mich und mein Genie gering schätzen, und das wäre Gotteslästerung. Weiß er das? Ich bin fromm, auch wenn ich nicht zur Kirche gehe. Ich bin tugendhaft trotz meiner Laster. Ich bin ein reines Kind trotz all dem Schmutz, der an mir klebt. Ich glaube an Gott. Ich bin dankbar gegen ihn, dankbarer, als unser hochpreisliches, höchst verehrungswürdiges Publikum. Und weil ich fromm bin, weil ich an ihn glaube, glaube ich auch an mich und meine Kunst, für die er mich geschaffen hat. Beugst man diese Konsequenz? Und wenn ich geklagt habe, daß die Seele des Schauspielers sich selbst verleugnet, sich untreu werden, daß sie sich in die Seele, in den Leib anderer versetzen, daß mit einem Worte der Darsteller seine Persönlichkeit aufgeben müsse, so war das eine Klage aus dem beschränkten Gesichtspunkt beschränkter Kleinkrämer, in welche unsereiner einstimmt, wenn er schwache Stunden hat. Höheren Ortes erscheint sie albern. Soll etwa der Advokat, der eine schlechte Sache zu verteidigen, der den Prozeß eines Schurken zu führen verpflichtet wird, deshalb ein Schurke heißen, weil er alle Segel aufspannt, dem Unrecht zwischen Galgen und Rad vorbeizuhelfen, dessen Unrecht er so klar durchschaut wie die Richter? Tut er nicht seine verdammte Schuldigkeit, wenn er sich mit allen Kräften des Geistes, mit allen Mitteln des Wissens in die Lage des Schurken denkt und für ihn arbeitet, wie für sich selbst? Und an mir, an meinem besseren Ich sollten die Mäkel hängen bleiben, in die ich mich sinnend vertiefe, um einen Schlock, einen Franz Moor in ihr hellstes Licht zu setzen? Das träge ja den Dichter nicht minder als mich. Torheiten das! Wir stehen über diesen Dingen, der schaffende Dichter, der wiedererschaffende, belebende Schauspieler. Wir stehen über der Masse, die uns nicht begreift, so wenig wie sie begreift, wie-

viel dem produzierenden Poeten, wieviel dem reproduzierenden Darsteller gehört von dem, was sie erschüttert, entsetzt, lütht oder wiehern macht.

„s allerdings ein elend Leben, Mücht's doch nicht für ein andres geben!“

Nun, liebe wohl, mein Sohn! Folge mir: gib den flüchtigen, eiteln Gedanken auf. Dich rief Dein Spiegel zum Theater, nicht der Gott in Dir; — obwohl der Teufel noch weniger; aus solchen Jügen redet der nicht. Werde ein tüchtiger écuyer. Wir Franzosen — (denn ich bin auch so ein Stück von Franzosen, weil wir Deorient aus der französischen Kolonie stammen; wenn ich schon sonst durch und durch ein ehrlicher Deutscher und ein treuer Preuße bleibe!) — wir Franzosen sagen: „embrasser un métier“. Das ist ein schöner Ausdruck; man soll, was man einmal zum Berufe erwählt, fest umfassen, ans Herz drücken wie eine Geliebte, nicht loslassen, nicht wechseln, nicht von einem aufs andere äugeln. Folglich bleibe im Stalle, in Deiner Reitbahn. Dort blühen auch Möschen, wenn keine Rosen, — und Dornen stehen überall. Fühlst Du Dich aber manchmal niedergedrückt von den Mühen Deines Handwerks, — oder nennen wir's Kunst meinetwegen, — bist Du recht verdrossen und abgemattet vom Staube des Tages, vom Lärm eurer Abende, dann gedenke dieser Stunde, gedenke meiner, Du ehrlicher Waise, meiner, der Dich und Deine treuen Augen nie vergessen wird; bedenke, daß der arme Ludwig auch sein Bündel trägt, daß er leucht unter dieser Last, daß er jede frohe oder wilde Stunde der Nacht mit bitteren Qualen bezahlt, daß jeder Abend des sogenannten Triumphes ein Jahr seines zerstörten Lebens kostet, daß er nicht selten den ganzen Blunder von Beifall, Ehrenbezeugungen, Berühmtheit zum Fenster wünscht, weil er nichts davon hat, als die Schmerzen!“

Bei diesen Worten reichte er Anton die Hand und ging. Doch an der Tür des anderen Zimmers wendete er sich noch einmal um, erhob das herrliche Haupt, ließ sein Auge von geistigem Glanze strahlen, wuchs, möchte man sagen, auf vor des Staunenden Blick, daß er groß, erhaben aussah, und wiederholte mit vollster Kraft der Stimme:

— nichts als die Schmerzen, Und wofür wir uns halten in unserm Herzen.“

Dies war das letztemal, daß Anton Ludwig Deorient gesehen und gehört.

Sechsdreißigstes Kapitel.

Nicht die Zweifel an eigenen Talente, die durch des Meisters Auserzungen in ihm erregt worden, noch minder jene absichtlichen Warnungen gegen das Schauspielereben in allgemeinen waren es, welche Anton seinen kaum gefasteten Blau für einen schon wieder verworfenen, aufgegebenen betrachteten ließen. Nein, des berühmten Schauspielers Persönlichkeit tat das meiste dazu. Diese hatte einen gewaltigen Eindruck auf ihn gemacht; er kam sich daneben klein, beschränkt, albern vor.

Nach niemals, seitdem er vom zugeworfenen Grabe der Großmutter nach dem ausgestorbenen Häuschen heimgekehrt, hatte sich Anton so einsam und verlassen gefühlt, wie jetzt. Und wo sollte er Trost suchen, an wessen gutem Rat und geistigem Beistand sich aufrichten? Ungebüdig zählte er die Stunden, ob nicht eine ihm seinen lieben Arzt bringen werde, damit er in dessen Busen ausschütten könne, was den feinsten erfüllte, Vergebens. Der Arzt hielt ihn für gesund; er blieb aus.

Gleichsam aus Trotz gegen seine eigene Torheit, die ihn durch eitle, nichtige Hoffnungen und Wünsche fürs Schauspielereben getäuscht, begab er sich abends wiederum ins Theater, fest überzeugt, der Mann, der ihn so hart — und so liebevoll, beides, behandelt, werde in einer neuen Glorie vor ihm erscheinen. Nur in flüchtigster Eile waren seine Augen über die Anschlagetettel geglitten, welche eine heroische Dichtung verkündigten. Gewiß wird er, sagte Anton zu sich, den ich als kleinen, armen Juden verkannte, sich heut als königlicher Herr, als Held herportun!

Das war ein Irrtum. Man führte eine große Oper auf, eine Oper mit Ballett, eines jener zusammengequälten erhabenen Werke, welchem kein Erzeuger, nachdem er in der „Destalin“ und im „Cortez“ sich ausgegeben und erschöpft, durch Glanz, äußerliche Pracht, betäubenden Lärm und alle möglichen, wie unmöglichen Hilfsmittel zu verleihen suchte, was ihm doch fehlte.

Anton blieb kalt. Er konnte nicht einstimmen in die forcierte Bewunderung, die um ihn her laut wurde. Auch der Tanz langweilte ihn, weil die Tänzer und Tänzerinnen durch denselben nichts auszudrücken wußten, weil sie sich stets nur auf einem Beine drehten. Er verließ das Haus vor Beendigung des Spektakels. Da versteht es unsere Partout besser, dachte er: ihre Pantomime ist ausdrucksvoller. Wenn sie auf ihrer winzig kleinen Bühne, denn ein Pieserfattel ist doch nicht groß zu nennen, irgend einen Charakter darstellt, wirkt sie deutlicher, spricht mehr durch ihre Gebärden aus, wie jene Damen miteinander. Ja, die gute Partout... (Fortsetzung folgt.)

nahmegesetz gegen die sozialdemokratischen Beamten der Ortskrankenkassen. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich verweise auf eine Zuschrift in der „Kölnischen Volkszeitung“, einem Zentrumsblatt, worin Verwahrung dagegen eingelegt wird, daß bei der Abfassung der Verträge das sozialdemokratische Parteinteresse maßgebend war. Es existieren eine große Zahl von Kassenbeamten, die nicht auf sozialdemokratischem Boden stehen und sich dagegen verwahren, daß diese Verträge als sozialdemokratische Mäße hingestellt werden. So urteilen politische Gegner, die von der Sache etwas verstehen, sie bestätigen, daß hier ein Akt der Notwehr ohne Verbindung mit irgend welcher Parteibestrebungen vorlag. Alle aufrechenbaren Bestimmungen in dem Verträge sind übrigens nach dem D. V. ungültig, existieren also rechtlich gar nicht. Deshalb sagt Prof. Stier-Somlow mit Recht: was will denn die Regierung? Die Bestimmungen sind ja ungültig und brauchen deshalb nicht erst durch Gesetz aufgehoben zu werden. In den Ausnahmestimmungen gegen die Kassenbeamten ist auch vorgesehen, daß unangemessen hohe Besoldungsätze gekürzt werden können. Ist denn aber nur ein einziger Fall einer ungeheuer hohen Besoldung nachgewiesen? Die Beamten behaupten im Gegenteil, sie werden ungenügend bezahlt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wehen Sie doch aber einmal an die Berufsgenossenschaften, da sind wiederholt Gehälter von 10 und 12000 Mark von Mark nachgewiesen. Weiter meinte Herr Trimborn, er hätte nichts dagegen einzuwenden, daß die Beamten der neuen Dienstordnung unterstellt würden. Es kommt aber dabei die Kündigungsfrist in Betracht, auch regelt die Dienstordnung die Alterszulagen und die Pensionen. Wenn also Pensionen und Hinterbliebenenversorgung vertraglich ausgemacht sind, so kann man solche Rechte den Angestellten und ihren Witwen und Waisen doch nicht mit einem Federstrich entziehen. Deshalb ist auch das Unterstellen der Beamten unter die Dienstordnung eine sehr wichtige Frage. Um diese ungeheuerlichen Vorschläge zu rechtfertigen, wird von „Mißständen“ in den Krankenkassen gesprochen. Aber trotz krampfhaften Suchens hat man kein Material bekommen können, um diese „Mißstände“ zu beweisen. Die einschlägige Broschüre des Reichsverbandes, den man ja in Parlamente nicht mit seinem wahren Namen nennen darf (Seiterzeit b. d. Soz.) steht so unter aller Kritik, daß kein Mitglied der Kommission sich mit ihr zu identifizieren gewagt. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Nur ein paar Stichproben von diesem „Material“ des Reichsverbandes, da soll Repotismus geübt sein, weil eine Tochter Fräulein in einer Krankenkasse angestellt ist. Fräulein Fräulein bezieht auch nicht einen Pfennig mehr Gehalt, als irgend eine andere Angestellte. In der gemeinsten und feigsten Weise hat der Reichsverband den Vorsitzenden der Mannheimer Ortskrankenkasse, einen angesehenen Kaufmann und bürgerlichen Demokraten angegriffen. Der Mann ist in Mannheim als selbstständig unantastbarer Ehrenmann bekannt, wie Herr Wasserer bestätigt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Vorsitzende einer sächsischen Ortskrankenkasse (Freiburg) wurde beschuldigt, einen Kassenbeamten durch Schlägen in den Tod getrieben zu haben. Die Untersuchung ergab, daß, wenn den Vorsitzenden ein Vorwurf trifft, es nur der ist, daß er zu milde vorgegangen ist. (Lebh. Hört, hört! bei d. Soz.) Und all die anderen Beschuldigungen stehen auf demselben Niveau. Man sei doch ehrlich. Man will ein Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie und man will im Sinne des seligen Herrn von Stumm dem Zustande ein Ende machen, daß Arbeiter autoritative Stellungen einnehmen. Man hat nur nicht den Mut, so offen zu sein, wie Herr Stumm es war. Und die katholischen Arbeitervereine des Zentrums geben sich dazu her, bei der Entredung der Kassen mitzuarbeiten! Man will den Kassen die Beamtenenschaft nehmen, die sie sich unter Mühen und Opfern aufgezogen haben. An die Stelle der Leute, die von den Arbeitern gewählt sind, die das Vertrauen der Arbeiter besitzen, sollen Militäranwärter treten, die die Sprache des Kasernenhofs reden und verständiglos allen sozialen Fragen gegenüberstehen. Selbstredend werden dadurch die Leistungen der Ortskrankenkassen herabgedrückt werden. Aber gerade das ist ja auch der Wunsch der Konservativen. Die Leistungen der Landkrankenkassen sind erbärmlich, darum soll auch das Niveau der Ortskrankenkassen herabgedrückt werden, damit kein zu großes Mißverhältnis entsteht und darum werden wohlworbene Rechte von den Parteien, die sich die Staatsbehörden nennen, mit Füßen getreten, und die Regierung macht sich zum Vollstrecker dieser schwarzmachenden Wünsche! Wir aber werden alles tun, um dieses Attentat auf die Arbeiterklasse zu vereiteln. (Sturm. Beifall bei den Sozialdemokr.)

Staatssekretär Delbrück: Ich bin alles andere eher, als ein willenloses Werkzeug der Industriellen. Wo steht geschrieben, daß die Regierung die sozialdemokratischen Kassenbeamten aufs Pfahle werfen will? (Weiterkeit bei den Soz., Zuruf: So offen ist man nicht!) Bei den Verträgen zwischen Kassen und Kassenbeamten handelt es sich um rein privatrechtliche Verträge, darum müssen sie der Kontrolle der Verwaltungsbehörden unterstellt werden. Horn-Kleuß (D.) erklärt, daß keine Partei in der Kommission das Gesetz objektiv und mit Wohlwollen gegenüber den Kassenbeamten prüfen werde. Behrens (Wagg.) spricht sich in demselben Sinne aus und wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie sozialdemokratische Interessen mit Arbeiterinteressen verwechselt. Dove (Zp.): Für eine objektive und neutrale Verwaltung der Kasse muß gesorgt werden, aber die wohlworbene Rechte der Kassenbeamten müssen wirksamer geschützt werden. Das Einführungsgesetz ist zwar kein Ausnahmengesetz, bedarf aber sehr der Verbesserung. (Bravo! b. d. Fortschritt.) Schulz (Zp.) verwahrt sich dagegen, daß er als Kommissionsvorsitzender den Bericht überreicht habe und bezeichnet es als Zweck des Gesetzes, die Arbeiter gegen zu hohe Bezahlung der Kassenbeamten zu schützen. (Bravo! recht!) Schmidt-Berlin (D.): Die Nachprüfung der Verträge der Kassenangestellten wird zwar nicht dazu führen, daß alle sozialdemokratischen Beamten aus den Kassen entfernt werden, aber sie ist ein Ausnahmengesetz, weil sie nur gegen sozialdemokratische Beamte angewendet werden wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Staatssekretär verwahrt sich gegen den Vorwurf, die Regierung habe eine zu enge Verbindung mit dem Zentralverband deutscher Industrieller. Dabei ist in dem Ausschuss des Zentralverbandes erklärt worden, der Referent im Reichsamt des Innern habe zusammen mit dem Ausschuss des Zentralverbandes die Materie bearbeitet. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn der Zentralverband jetzt erklärt, er sei mit dem Entwurf nicht einverstanden, so ist das bloß politischer Theaterdonner. Auf dem Krankenkassenkongress am Sonntag war die Regierung nicht vertreten. Wechselt brauchte sie da die Ausrufe, kein Vertreter des Reichsamts hätte Zeit? (Lachen bei den Soz.) Sie hätte lieber offen und ehrlich sagen sollen, wir brauchen Informationen von Euch nicht, wir kennen Euch Mängel, aber wir können ihnen nicht nachkommen, weil es der Zentralverband deutscher Industrieller nicht erlaubt und weil die Verbindung mit ihm uns wertvoller ist als mit den Krankenkassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr Trimborn hat in seiner Rede einige Bedenken geäußert. Das waren

die bekannten Nebenkarren des Zentrums in der ersten Lesung. Er sagt, wir werden prüfen. Jawohl, soweit nämlich, wie es Graf Westarp erlaubt. Das Zentrum ist ja jetzt für die Konservativen ein dankbares Objekt der Prüfung der politischen Solamkeit. Die Interessen der Arbeiterschaft hat das Zentrum überall aufgegeben. Offen und ehrlich haben auf dem letzten Kongress der christlichen Gewerkschaften auch diese sich gegen die Entredung der Krankenkassen ausgesprochen, aber irgend ein Einfluß der christlichen Arbeiter ist beim Zentrum jetzt nicht zu spüren. Wenn Herr Behrens behauptet, auch die christlichen Arbeiter haben sich über den Einfluß der Sozialdemokraten bei den Krankenkassen besorgt, so frage ich: Wo? Weisen Sie mir das nach. Giesberts hat das ausdrücklich zurückgewiesen. Wir haben den christlichen Arbeitern die Verhältniswahl konzediert, um auch ihnen eine Vertretung zu gewähren. In Frankfurt am Main waren wir die ersten, die das taten, aber die Aufsichtsbehörde gestattete das nicht, angeblich weil es dem Gesetz widerspreche. (Hört, hört! bei den Soz.) In ihrer Wirkung richten sich die Maßnahmen, die wir bekämpfen, gegen die gesamte Arbeiterschaft. Wer demokratisch fühlt, muß der Arbeiterschaft das Recht geben, zu bestimmen, wen sie in verantwortliche Stellungen nehmen will, ohne daß die Aufsichtsbehörde ein Recht der Vorkündigung und Nachprüfung hat. Ein solches Recht bringt immer die Gefahr der Willkür und des politischen Mißbrauchs mit sich. Dagegen wenden wir uns und dagegen müßte sich jeder wenden, dem die Fortentwicklung der Arbeiterschaft am Herzen liegt. (Lebh. Bravo! bei den Soz.)

Damit schließt die Diskussion. Persönlich bemerkt Abg. Doch (D.), er habe nicht gesagt, bei der Vernehmung im Reichsamt des Innern seien die Arbeitnehmervertreter nach einem falschen System ausgewählt, sondern ihre Auslagen seien nicht beachtet, gar vom Staatssekretär mit der Bemerkung abgetan worden, daß sie garnicht merken, wie sie von den Arbeitnehmern terrorisiert werden.

Die Reichsversicherungsordnung.

(Fortsetzung.)
Eine **Waisenrente** sollen die hinterlassenen ehelichen Kinder unter 15 Jahren eines männlichen und die hinterlassenen waisen Kinder einer weiblichen Versicherten erhalten. Auch den hinterlassenen ehelichen Kindern einer versicherten Ehefrau, die den Lebensunterhalt der Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienst bestritten hat, weil der Ehemann erwerbsunfähig ist, oder weil er sich ohne gesetzlichen Grund von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und der Pflicht der Unterhaltung der Kinder entzogen hatte, soll „bis zum Wegfall der Bedürftigkeit“ die Waisenrente zufließen. Ebenso soll elternlosen Kindern unter 15 Jahren bis zum Wegfall der Bedürftigkeit ein Anspruch auf Waisenrente zustehen, falls der Verstorbene ihren Unterhalt ganz oder überwiegend bestritten hat. Die Waisenrenten sind noch niedriger als die Witwenrenten. Die Waisenrenten allein dürfen nicht mehr betragen, als

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs betr. **Aufhebung des Hilfskassengesetzes.** Staatssekretär Delbrück erklärt, daß sich Mißstände bei den Hilfskassen herausgestellt hätten, da das Recht der Aufsichtsbehörde zur Kontrolle sich nur darauf erstreckte, ob die Hilfskassen die gesetzlichen Vorschriften beachten, dagegen könne bei Gründung neuer Hilfskassen nicht kontrolliert werden, ob die Gründung auf schwindeltäufiger Grundlage beruhe. Deswegen sollen sie dem Aufsichtsamte für Privatversicherung unterstellt werden. Trimborn (Zentrum) stellt sich auf den Boden des Entwurfs, wünscht aber seine Verweisung an eine Kommission. Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen. Vizepräsident Dr. Schulz schlägt als Tagesordnung vor: Entscheidung über die Beschwerde des Abg. Everling gegen den ihm am 4. April erteilten Ordnungsruf. Fortsetzung der heutigen Beratung und Petitionen. Everling (D.) [zur Geschäftsordnung]: Meine Ausführungen über die „Marinerndschau“ wegen der Heizerzulagen am 4. April richteten sich nicht gegen das Reichsmarinement. Wegen den Staatssekretär des Reichsmarinements konnte ich den Vorwurf der verlogenen Darstellung schon um deswillen nicht richten wollen, da mir bekannt war, daß der Staatssekretär durch die Verhandlungen in der Budgetkommission und im Reichstage über den tatsächlichen Ursprung der Abträge der Heizerzulagen unterrichtet sein mußte. Vizepräsident Schulz: Wäre am 4. April eine so einwandfreie Erklärung abgegeben worden, so hätte ein Antrag zu einem Ordnungsruf nicht vorgelegen. Everling (D.): Nach dieser Erklärung des Präsidenten stehe ich meine Beschwerde gegen den Ordnungsruf zurück. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Anzahl der zur Befreiung von Beitragsjahre	Wenn der Versicherungsfall nach Ablauf der in Spalte 1 verzeichneten Beitragsjahre eintritt, so beträgt									
	das vollendete Lebensjahr	die Zahl der nachgewiesenen Beitragswochen	die Invalidenrente des Vaters	die Witwenrente	der Waisenrentenbezug beim Vorhandensein von					
					einem Kinde	2 Kindern	3 Kindern	4 Kindern	5 Kindern	6 Kindern
in Lohnklasse I										
10	26	500	125,40	72,60	36,60	63,60	90,00	117,00	144,00	171,00
20	36	1000	140,40	77,40	39,00	66,00	93,00	120,60	147,60	175,10
30	46	1500	155,40	81,60	40,80	68,40	96,00	124,20	151,80	179,40
40	56	2000	170,40	86,40	43,20	71,40	99,00	127,20	155,40	183,00
50	66	2500	185,40	90,60	45,60	73,80	102,00	130,80	159,00	187,20
in Lohnklasse II										
10	26	500	150,00	80,40	40,20	67,80	95,40	123,00	150,00	177,60
20	36	1000	180,00	89,40	45,00	73,20	101,40	129,60	157,80	186,00
30	46	1500	210,00	98,40	49,20	78,00	107,40	136,20	165,00	194,40
40	56	2000	240,00	107,40	54,00	83,40	113,40	142,80	172,80	202,80
50	66	2500	270,00	116,40	58,20	88,80	119,40	150,00	180,80	210,60
in Lohnklasse III										
10	26	500	170,40	86,40	43,20	71,40	99,00	127,20	155,40	183,00
20	36	1000	210,00	98,40	49,20	78,00	107,40	136,20	165,00	194,40
30	46	1500	250,20	110,40	55,20	85,20	115,20	145,20	175,20	205,20
40	56	2000	290,40	122,40	61,20	92,40	123,00	154,20	185,40	216,00
50	66	2500	330,00	134,40	67,20	99,00	131,40	163,20	195,00	227,40
in Lohnklasse IV										
10	26	500	190,20	92,40	46,20	75,00	103,20	132,00	160,20	189,00
20	36	1000	240,00	107,40	54,00	83,40	113,40	142,80	172,80	202,80
30	46	1500	290,40	122,40	61,20	92,40	123,00	154,20	185,40	216,00
40	56	2000	340,20	137,40	69,00	100,80	133,20	166,60	198,00	229,80
50	66	2500	390,00	152,40	76,20	109,80	143,40	177,00	210,00	243,60
in Lohnklasse V										
10	26	500	210,00	98,40	49,20	78,00	107,40	136,20	165,00	194,40
20	36	1000	270,00	116,40	58,20	88,80	119,40	150,00	180,00	210,60
30	46	1500	330,00	134,40	67,20	99,00	131,40	163,20	195,00	227,40
40	56	2000	390,00	152,40	76,20	109,80	143,80	177,00	210,00	243,60
50	66	2500	450,00	170,40	85,20	120,00	155,40	190,20	225,00	260,40

Die Ausschreitungen der Arbeitswilligen der Maschinenbau-gesellschaft vor dem Schwurgericht.

(2. Verhandlungstag.) Die Zeugenvernehmung wird am Dienstag fortgesetzt. Rechtsanwalt Dr. Jhde will protokolllarisch festgesetzt wissen, daß der Angeklagte Stauber bei Puls einem anderen das Messer abgenommen habe, um Messerfischereien zu verhüten. — Staatsanwalt Gehenburg: Die Nichtbeteiligung Staubers ist deshalb noch nicht festgestellt. — Angekl. Dillmann befreit, daß die Wirtschaft Puls leer gewesen sei. — Angekl. Wegener will um 3 Uhr schon in der Fabrik gewesen sein, könne also an dem Krawall bei Puls nicht beteiligt sein. — Schuhmann Rath hat mittlerweile eine genaue Zeichnung des Latortes bei Puls angefertigt, die den Geschworenen genau erklärt wird. — Auf Wunsch der Geschworenen wird nach der Beweisaufnahme unter Zuziehung der Angeklagten das Pulsische Total um 6 Uhr abends besichtigt. — Zeugin Wirtkova kann nicht sagen, ob Lamotta während des Krawalls im Hause Clemenswite war, doch glaubt sie, Lamotta sei nach 4 Uhr noch dagewesen. Einen Revolver sah sie beim Angeklagten nicht. — Zeuge Müller aus Nr. 6 hörte an seiner Tür rufen: „Alle raus! Diesem Ruf wurde auch Folge geleistet, den Angeklagten Wegener

sah er hinausgehen und mit Blutflecken an den Fingern und Manschetten behaftet wieder kommen. Sein Benehmen kam ihm verdächtig vor. Acht Tage vorher zeigte ebenfalls Arbeitswillige ihm Waffen. Wegener ist im gleichen Zuge mit den anderen hinausgegangen. — Angekl. Dillmann befreit, Puls vor dem Leib geschlagen zu haben. — Angekl. Trauer wehrt sich gegen die ihm vorgeworfene Drohung. — Eine Artistin in Braunschweig hat feinerzeit diese Drohung gehört; sie wird auf Dienstag morgen telegraphisch geladen. — Frau Müller sah den Wegener gleichfalls aus dem Bordell hinausgehen, als der Streit sich abspielte. — Eine andere Zeugin, mit dem gleichen Namen, übergibt dem Vorsitzenden ein großes Dolchmesser mit Scheide, das einer vor dem Krawall abgegeben hatte. Sie sagt weiter, daß acht Tage vorher Arbeitswillige bei den Mädchen waren, ihre Waffen jedoch während ihres Aufenthaltes abgaben. — Ein Mädchen aus Bordell Nr. 6 kann bezeugen, daß W. etwa zehn Minuten draußen war. Sie sah Blut an seinen Fingern, ohne eine Wunde wahrzunehmen, als sie W. das Blut abwusch. Auch das Messer, das er zeigte, war voll Blut. Sie dachte sich gleich, er habe gestochen. — Zeuge Müller: Es waren mehrere Leute darunter, die meines Gedächtnisses zu den Arbeitswilligen zählten und einen zudürftigen Eindruck machten. Solche Leute renommierten immer gerne vor den Mädchen. — Schuhmann Martens soll bezeugen, ob Wegener um 3 Uhr bei der Fabrik war. Bestimmt kann W. die Zeit nicht angeben. Wegener behauptet dies jedoch genau, denn von dieser Aussage hängt die Frage ab, ob W. bei den Krawallen bei Puls und Lutzmann beteiligt war. — Zeugin

Artisten Wagner war in der fraglichen Nacht bei Puls und beobachtete vom Fenster aus in der ersten Etage den Vorgang auf dem Hof. Sie sah einen Mann im Hof stehen, der immer den Revolver lud. Ein anderer rief: Du Hund, komm nur nicht raus. Vor dem Keller stand einer, der schoß immer runter. Alles schrie immerlos: Schießen, Schießen! Der Lärm war ganz furchterlich. Bekannt kam ihr von den Angeklagten Gramer vor, der sich mit anderer Kopfbedeckung ausdrückt. — Zeuge Puls: Die Kopfbedeckung wurde von den Angeklagten im Lokal gewechselt, die Leute hatten Mützen in der Tasche. — Aus den Akten wurde die Aussage eines Ostkowski verlesen, der mit Wegener in der Krawallnacht zusammen war und mit ihm um 8 Uhr in der Fabrik gewesen sein will. Die Protokollaufnahme hat Schuhmann Martens aufgenommen, sie bestätigt seine heutigen Angaben. — Zeuge Dornburg, einer der Arbeitswilligen, war auch in „Schmuckstätten“ in der Clemenstvierte und sah seine Kollegen beim Streit hinausgehen, den einen mit einem Gummischlauch in der Hand. Er machte den Zug der Zwölfe mit. Bei Pulsmann sollen zwei gerufen haben: Bluthunde! Ob Streikende gerufen haben, weiß der Zeuge nicht. Bei Puls seien zwei Leute hereingekommen, ob es Streikende waren, kann der Zeuge nicht sagen. Gramer sei geschlagen worden und habe dann aus dem Keller geschossen. — Vors.: Gramer hat doch hineingeschossen. — Zeuge: Das weiß ich nicht bestimmt. Ich habe gesagt, laßt die Leute heraus, und gebt ihnen eine Tracht Prügel, dann ist die Sache abgemacht. — Angekl. Gramer: Dornburg hat auch mit Schläschen geworfen. — Angekl. Hünnerbein: In der Clemenstvierte hat Dornburg auch zugeschlagen. Er sagte, wenn ich auch in Lübeck sitzen muß, hier kennt mich doch keiner. — Der Zeuge verweigert auf diese Fragen die Antwort. Verurteilt wird er wegen Verdachts der Mittäterschaft nicht. — Gastwirt Luckmann: Auffallendes ging in meinem Lokal nicht vor, es waren alles ruhige Leute. Da kamen drei Trupp Leute, die sich gleich ans Buffet stellten, wo die Schwaren standen. Ich sagte zu Buschow, er solle aufpassen, daß nichts geklaut werde. Die Preise waren den Arbeitswilligen zu hoch, meiner Frau beschwerten sie die Wäse mit Seif. Auf einen scharfen Pfiff ging die Kellerei los. Von draußen flogen einige Seltersflaschen herein. Die Gäste, die bei mir waren, sind absolut ruhig gewesen, bis die Angeklagten kamen und Madau machten. — Zeuge Kellner Beckmann, bei Puls angestellt, hat gleich bemerkt, daß die hereingekommenen Arbeitswilligen auf Streit ausgingen. Er sah, wie einer hereinkam und rief: „Hier sind sie!“ und bald war alles mit Wasser versehen. Den weiteren Verlauf schildert der Zeuge wie Gastwirt Puls und hebt noch besonders die Unzufriedenheit der Angeklagten mit der verabreichten Ware hervor. Er sah zehn bis zwölf Schüsse auf er gehört. Es ist ausgeschlossen, daß einer der Angeklagten während des Krawalles fortwährend in der Gaststube war; am Madau im Hof waren alle beteiligt. — Zeuge Potenberg wurde beim Betreten der Clemenstvierte niedergeschlagen. Er hat drei Kopfwunden erhalten und wurde sofort bestimmungslos. Wer ihn geschlagen hat weiß P. nicht. — Zimmermann Buschow stand bei Luckmann am Buffet und machte die Bemerkung: Hier muß man aufpassen, sonst wird geklaut. Darauf wechselte er mit einem andern noch einige Worte bis der Krawall losging. Bei Puls bekam er beim Hinausgehen von Gramer, der das gerade Gegenteil behauptet, einen Schlag ins Gesicht und verlor den Hut. Sofort stürzten andere auf ihn ein. P. rettete sich in den Keller, kurz darauf flogen Schüsse, die er mit emporgehobenem Fuß abzuwehren suchte. Trotzdem bekam er einen Schuß in die Schulter. Mit Gläsern und Flaschen wurde geworfen. Einer der Verfolger rief: Er ist tot, der ist fertig mit der Welt. Als dieser sah, daß der Zeuge sich bewegte, rief er einem andern zu: „Der lebt noch, schließ, schließ!“ — Vors.: Mit dem Streit haben Sie nichts zu tun gehabt? — Zeuge: Nein! — Vors.: Sind die Angeklagten im Lokal gereizt worden? — Zeuge: Nein. — Vors.: Sinen Revolver trugen Sie nicht bei sich? — Zeuge: Nein. — Zeuge Gamm war mit Buschow bei Puls; er verneint die Fragen des Vorstehenden, ob er einen Revolver bei sich getragen, die Leute gereizt habe oder mit dem Streit zu tun hatte. Bei Luckmann sah er, wie Buschow mit einem in Wortwechsel kam und ins Gesicht geschlagen wurde. Daß die Leute nach Puls gegangen waren, wußten wir nicht, sonst wären wir nicht hineingegangen. Ich machte Puls auf die Leute aufmerksam, sagte, daß sie sehr streikfähig und von der Aktiengesellschaft seien. Die weitere Aussage ist konform der bereits vielfach hervorgehobenen. Der Zeuge hielt sich im Garderoberraum auf, wohin ihn der Kellner führte. Als die Schieber im Hofe los ging, trat auch er hinaus und sah sich nach Buschow um; dort hörte er Rufe wie: die Lübecker Hunde, die müssen Blut schmecken. — Zeuge Bai, ein Arbeitswilliger, will bis morgens früh in der Clemenstvierte gehaut und vom Streit nichts gehört haben, doch zur Vorsicht hatte er sich mit einem ganz gefährlichen Gummischlauch mit Messingfeder bewaffnet, den ihm der Vorstehende entgegenhält. Auch Lamotte sei bei ihm gewesen. Durch diese Aussage soll Lamotte von den Krawallen bei Luckmann und Puls entlastet werden. B. war zuerst der Mittäterschaft dringend verdächtig, macht seine Aussagen mit Bestimmtheit, seine Verurteilung wird trotzdem vorläufig ausgesetzt, bis ein neuer Zeuge aus Bergedorf gehört ist. — Gefängnis-Oberaufseher Otto macht über das Benehmen der Angeklagten im Untersuchungsgefängnis Angaben. Es zeigt sich, daß sich einige der Angeklagten ziemlich renitent benommen haben. Wegener z. B. erhielt wiederholt verschärfte Strafen, darunter von 14 Tagen und 3 Wochen. Wegener und Soder hatten auf den Spaziergängen im Gefängnis Hof sieben Kasiber gewechselt, die sich auf die Aussagen vor Gericht bezogen. — Damit waren die für heute geladenen Zeugen vernommen. Um 6 Uhr wird das Pulsche Lokal besichtigt.

Aus der Jugendbewegung.

Der Kampf gegen die Arbeiterjugend. In Neuhadt (Oberschl.) erhielt Genosse Mecker ein polizeiliches Schreiben, durch das die Jugendorganisation für „aufgelöst“ erklärt wird, weil deren Tätigkeit — die jungen Leute turnen und spielen — im Interesse der Sozialdemokratie liege. Die Organisation widerspreche den Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes. — Das freundliche Schreiben wurde der Hochwohlthöbligen mit der Bemerkung zurückgeschickt, zum ersten sei der Empfänger nicht Vorsitzender der Jugendorganisation und zum andern sei überhaupt keine Organisation der Jugend am Orte vorhanden.

Bewerkschaftsbewegung.

Vom Streik auf der Schichauwerft in Danzig. Die Firma hatte bekanntlich den ausländischen Arbeitern die Wohnungen in den von ihr erbauten Arbeiter-Wohnhäusern, sogenannte Schichaulonien, zum 1. Mai gekündigt. Das war bei früheren kleineren Bewegungen einzelner Branchen auch schon geschehen. In zwei solchen Fällen hatten die Arbeiter die Kündigung unbeachtet gelassen, ihre Miete wei-

ter gezahlt und sind wohnen geblieben. So zu handeln hatten die Arbeiter auch bei dem jetzigen allgemeinen Streik beschlossen. In Frage kommen dabei rund 200 Familien. Als aber die Arbeiter diesmal die Miete für Monat Mai bezahlen wollten, lehnte die Firma die Annahme des Geldes ab. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Betriebsleitung die Kommissionstage einleitet und die Arbeiter mit ihren Möbeln auf die Straße setzen wird. Die Erregung unter den Arbeitern ist heute schon groß und würde dadurch auf den Höhepunkt getrieben werden.

Ausperrungen wegen der Maifeier. In Berlin wurden der Maifeier wegen in 320 Betrieben 6768 Holzarbeiter ausgesperrt. Davon sind ungefähr reichlich 6000 Mann auf 3 Tage, die übrigen längere Zeit ausgesperrt und entlassen. Im Berliner Metallgewerbe wurden in 17 Betrieben 501 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt und zwar 3, 6 bis 8 Tage. Vom Zimmerverband wird gemeldet, daß 140 Mann auf drei Tage ausgesperrt sind. — In Braunschweig wurden 2000 Metallarbeiter auf 8 Tage ausgesperrt.

Verunglückte Aussperrung im Steinschlaggewerbe. Total verunglückt ist die Aussperrung, die der sächsisch-thüringische Arbeitgeberverband für das Steinschlaggewerbe zum 19. April angekündigt hat. Mit Mühe und Not hat er es dahin gebracht, daß von 12 in Betracht kommenden größeren Orten des Lohngebietes die Unternehmer in drei Orten: Blauen, Eisenberg und Greiz wenigstens den Versuch machten, auszusperrten. Dagegen haben die Unternehmer in Gera es vorgezogen, sich sofort mit den Arbeitern zu einigen und einen lokalen Tarifvertrag abzuschließen. Dieser gewährt den Steinlegern eine Lohnerhöhung von 10 Pfg. pro Stunde, verteilt auf vier Jahre, und eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung. Den Geraer Unternehmern sind am nächsten Tage die in Eisenberg gefolgt, die ebenfalls einen für die Arbeiter vorteilhaftesten Vertrag bewilligt haben und nun haben auch die Unternehmer in Altenburg und Blauen ihre Bereitwilligkeit zum Abschluß eines lokalen Tarifs auf Grundlage des in Gera abgeschlossenen erklärt. Das Ende wird die Sprengung des Arbeitgeberverbandes sein, der sich schon im vorigen Jahre durch eine unüberlegte Aussperrungsandrohung eine erhebliche Schlappe geholt hat. Es bestand bei der Leitung der Arbeiterorganisation von Anfang an kein Zweifel daran, daß die Unternehmer mit der Androhung der Aussperrung die Arbeiter nur „bluffen“ wollten. Der Arbeitgeberverband rechnete darauf, daß unter dem Einfluß der Aussperrenden in Schlesien und im Regierungsbezirk Merseburg die Arbeiter zu Kreuze kriechen würden. Dadurch, daß die Arbeiter auf den „Bluff“ nicht hereingefallen sind, haben sie den Arbeitgeberverband in eine arge Krise veretzt.

Schneidestreik in Veruburg. Bei der Firma Götzling u. Gebbert haben sämtliche Schneider wegen Nichtanerkennung des Tarifes die Arbeit niedergelegt. Alle übrigen Firmen am Orte haben den Tarif anerkannt. Genannte Firma versucht die nötigsten Arbeiten — es kommen hauptsächlich Lieferungsarbeiten für Bahnen — und Steuerbeamte in Betracht — außerhalb herstellen zu lassen, worauf die Schneider anderer Städte achten sollen.

Der Kampf im Hafengebiet Mannheim-Ludwigshafen beendet. Unter dem Vorsitz des Gewerbegerichtsvorsitzenden Dr. Erdel in Mannheim tagten die Parteien in voriger Woche täglich fast ununterbrochen; Sonnabend dauerte die Sitzung bis nach 10 Uhr abends. Der Friede scheint nun gesichert zu sein. Am Mittwoch wird voraussichtlich die Arbeit wieder aufgenommen. Es kommen 5 Tarifverträge zustande mit durchschnittlicher Lohnerhöhung von 1,50 bis 2 Mk. pro Woche auf 4 Vertragsjahre verteilt. Ab 1. April 1912 tritt für die Mehrzahl der Arbeiter eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Tag ein. Für das Maschinenpersonal der oberrheinischen Reedereien wurden erhebliche Verbesserungen erreicht in bezug auf Sonntags- und Nachtruhe, sowie auch in den Löhnen. Am Dienstag finden die Abstimmungen der Arbeiter über die Einigungsvorschläge statt. Die Abmachungen der Vertreter werden jedenfalls angenommen. — Eine letzte Meldung besagt: Eine Versammlung der am Kampf im Hafengebiet beteiligt gewesenen Arbeiter hat die Wiederaufnahme der Arbeit für den 3. Mai beschlossen.

Zur Aussperrung in der bayerischen Textilindustrie. Die bayerischen Textilindustriellen haben in einer Versammlung in Augsburg erneut zu der Aussperrung in Hof Stellung genommen. Durch die Unternehmerpresse geben die Unternehmer nachstehenden Beschluß bekannt: „Die im Verband süddeutscher Textilarbeitgeber vereinigten bayerischen Industriellen beschließen heute einstimmig, falls die in Hof entstandenen Arbeitsdifferenzen nicht beigelegt werden sollten, die Aussperrung der sozialdemokratisch organisierten Textilarbeiter auf das ganze rechtsrheinische Bayern auszudehnen. Es soll ab kommender Woche an demnächst zulässigen Kündigungssterminen die Kündigung in den nordbayerischen Textilbetrieben erfolgen. Nach weiteren 14 Tagen soll sie in den Betrieben in Augsburg und Umgebung und endlich nach weiteren 2 Wochen auch in den Allgäuer Betrieben vorgenommen werden.“

Aus dem Gerichtssaal.

Wieder einmal der Dienstherr als Verführer. Ein saubere Dienstherr stand in der Person des verheirateten, von Killingen gebürtigen Restaurateurs Anton Weizmann vor den Geschworenen in Stuttgart. Neben ihm hatte die ledige Dienstmagd Anna Schweizer von Dillingen auf der Anklagebank Platz zu nehmen. Weizmann hatte mit der bei ihm beschäftigten Schweizer intimen Verkehr gepflogen. Als sich die Folgen des Verhältnisses zeigten, mielte W. dem Mädchen ein Zimmer, in dem der intime Verkehr fortgesetzt wurde. Inzwischen war gegen den Vermieter des Zimmers ein Verfahren wegen Kuppelei eingeleitet und W. zwang während der Voruntersuchung das Mädchen fortgesetzt durch Drohungen mit Erschießen, der Wahrheit zuwidder den Geschlechtsverkehr in dem Zimmer eiblich in Abrede zu ziehen, was dieses denn auch unter dem auf sie ausgeübten Druck tat. Die Geschworenen sprachen Weizmann der Anstiftung zum Meineid schuldig, die Schweizer des Meineids unter Jubilation eines Straf-milderungsgrundes im Sinne des § 157 des Strafgesetzbuches. Die Schweizer erhielt sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft. Weizmann wurde zu ein Jahr zwei Monaten Zuchthaus sowie zu fünf Jahren Ehrverlust und dauernder Eidesunfähigkeit verurteilt. Weizmann, der sich bis zur Verhandlung auf freiem Fuß befand, wurde sofort in Haft genommen.

Aus Nah und Fern.

Wahnsinnstat eines Zahnmeisters. In Marienburg wurde von einem geisteskranken Zahnmeister ein überfall auf Zrenwärter verübt, bei dem zwei von diesen lebensgefährlich verletzt wurden. Der am 1. April mit dem zweiten Bataillon des Deutsch-Oberregiments nach Marienburg

verlegte Zahnmeister Legath, der Spuren geistiger Unmündigkeit zeigt und deshalb vom Amte suspendiert werden mußte, sollte in das Marienburger Diakonissenkrankenhaus eingeliefert werden. Als die Wärter ihn in den Keller führten, um dort eine Untersuchung vorzunehmen, zog der Wahnsinnige sein Taschenmesser und stieß blindlings auf die Wärter ein. Zwei von ihnen wurden lebensgefährlich verletzt; an ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

Die Differenzen in der Familie de Wendel. Zu den tragikomischen Differenzen in der lothringischen Familie de Wendel wird der „Frankfurter Zeitung“ mitgeteilt, daß der Reichstagsabgeordnete Charles de Wendel, der mittlerweile nach Frankreich übergeteilt ist, wegen Meinungsdivergenzen mit seinen Familienmitgliedern seine Demission als Gerant der Firma gegeben hat. Charles de Wendel zog aber dann später seine Demission zurück, worauf eine neue Generalversammlung der Firma, deren Inhaber die Familie ist, beschloffen hat, daß Charles de Wendel trotzdem seiner Stellung als Gerant enthoben werde. Nunmehr will der Abg. de Wendel eine Gerichtsentscheidung über die Rechtsgültigkeit des Versammlungsbeschlusses herbeiführen und hat einen Prozeß angestrengt, der demnächst vor dem Mezer Landgericht zur Verhandlung kommen wird.

Ein grauenhafter Fund. Einem schweren Verbrechen ist man in der oberlothringischen Stadt Zabrze auf die Spur gekommen. Ehornsteinfeger, die in einem Hause des Besitzers Glücksmann die Kamine reinigten, fanden in einem Ehornstein den hineingepreßten Leichnam eines jungen Mädchens. Nach der Untersuchung handelt es sich um ein etwa 20jähriges Mädchen, an dem ein Lustmord verübt worden war. Dem Körper fehlten die Beine; die übrigen Körperteile waren mit Petroleum begossen und angezündet worden, so daß der Körper stark verkohlt war. Wieser konnte noch nicht festgestellt werden, wann und an wem die Tat verübt worden ist.

Ein 16jähriger Mörder. In der Böhmer Heide bei Hagen in Westfalen schoß ein 16jähriger Lehrling nach Spanien. Ein vorübergehender Schloffer machte den Burschen auf das Gefährliche seines Tuns aufmerksam. Als der Mann davonging, richtete der Lehrling die Waffe gegen ihn und schoß ihn von hinten in den Kopf. Der Mann, Vater von sieben Kindern, starb im Krankenhaus. Der Lehrling wurde verhaftet.

Beim Rettungswerk getötet. Aus Essen wird gemeldet: In einem Eisenbahnübergang lief ein Kind durch die geschlossene Schranke auf das Gleis, als ein Zug heranbraute. Der Bahnwärter sprang herbei, um das Kind fortzureißen, wurde dabei aber selbst vom Zuge erfaßt und getötet. Das Kind wurde gerettet.

Lizentiat Bohn unter der Anklage der Verleumdung. Der Sittlichkeitsapostel Lizentiat Bohn macht wieder von sich reden. In einer Versammlung des Westdeutschen Sittlichkeitsvereins in Hagen erzählte er, daß sich die obrigkeitliche Weisheit für berufen gehalten habe, in Hagen öffentliche Spielstätten und schimpfliche Stätten öffentlich einzuräumen. Der Hager Oberbürgermeister, Reichstagsabgeordneter Guno, hat deshalb Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung gegen Bohn gestellt.

Doppelmord. Aus Ludwigshafen wird gemeldet: Sonntag nachmittag wurde die neunzehnjährige Rosa Wagner in ihrer Wohnung mit drei Schüssen durch die Brust tot aufgefunden. Daneben lag der neunzehnjährige Küfer Thiesen. Beide unterhielten ein Liebesverhältnis. Ob die Tötung des Mädchens mit ihrem Einverständnis geschah, konnte noch nicht festgestellt werden, da Thiesen bewußtlos war und nicht aussagen konnte.

Ein Angreifer. Nachdem der Kassierer des Melshheimer landwirtschaftlichen Kreisvereins, Gierke, die ihm anvertraute Kasse um erhebliche Summen erleichterte, kommt jetzt aus Zabern die Meldung von einer neuen Unterschlagung. Der Kreissekretär Wersferkorn, Kassierer des Kreisvereins Zabern, hat sich erschossen, als er durch eine unerwartete Revision überrascht wurde. Seiner Kasse sollen 20 000 Mk. fehlen.

Opfer der Luftschiffahrt. Oberleutnant Roser vom 1. oberlothringischen Feldartillerieregiment Nr. 15 in Saarburg, der erst vor wenigen Tagen das Fliegerexamen bestanden hatte, unternahm bei prächtigem Wetter einen Flug, wobei er zweimal das Dorf Habsheim kreuzte. Beim Nehmen einer Kurve über dem Habsburger Bahnhof stürzte er nach halbstündiger Fahrt aus einer Höhe von 60 Metern herab. Er wurde bewußtlos aufgehoben, sein Zustand erscheint hoffnungslos. Der Apparat ist vollständig zertrümmert. — Der russische Militärflieger Matjewitsch und sein Bruder stürzten mit einem Bleriotflugzeug ab und wurden getötet.

Ertrunkener Dieb. In Frankfurt a. O. wurden zwei Berliner Einbrüche, der Tischler Paul Schulz und der Schlosser Johann Fuchs verhaftet, als sie zu verdächtigen Preisen im Café „Rheingold“ zwei Fahrräder zum Kauf anboten. Auf dem Transport zur Wache zog Schulz einen Revolver, riß sich los, lief zur Oder und sprang vom Volkswerk in den Strom. Er ertrank angesichts der zahlreich auf der Oberbrücke versammelten Menschenmenge. Die beiden Verbrecher hatten in der Nacht zum Sonntag mehrere Einbrüche in Frankfurt a. O. verübt.

Was war der Grund? Ein Polizeibeamter in Gersheim erschöß nach einem Streit im Wirtschaftshaus den Schlachtergesellen Sibera in der Aue Badernborn. Die Zeugen der Tat mißhandelten darauf den Polizisten und verwundeten ihn durch Messerstiche.

Drei Personen verbrannt. In der Nacht brach in einer Färberei der Brüsseler Vorstadt Schaerbeek eine Feuerbrunst aus, bei der eine Frau und zwei Kinder lebendig verbrannten.

Ein Hungeraufstand. Aus Wladimiroff wird gemeldet: In der Provinz Szechuan ist ein Aufstand von 20 000 Hungernden ausgebrochen. Diese raubten, plünderten, zündeten die Gefängnisse an und befreiten die Gefangenen. Es mußte Militär aufgeboten werden. Bei dem Zusammenstoß mit diesem wurden zahlreiche Aufständische getötet und verwundet.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher. „Sozialistische Monatshefte“, Heft 9. Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwab. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Insertate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des merktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Ein feiner Mann. Wolff zu ihm zur Ausführung bringen und Erfolg erzielen, so dürfte man ihn nicht gleichsam auf offenem Markte ausstellen. Wir werden jetzt damit Frauen und Männer der Arbeiterklasse gewarnt werden und auf der Hut sind.

Die lebhafteste "Fürsorge" für unsere Jugend, die von jener Seite kommt, sie soll uns aufs neue ein Beispiel sein mit verdoppeltem Eifer an der Aufklärung der Jugend und der Mütter weiterzuarbeiten. Organisierte und aktive Organisationen sind ohne weiteres immunn gegen alles "Stiebwerden" von bürgerlicher Seite.

Stimmen an der Wahlurne.

Interessant und beachtenswert ist die erstmalige Ausübung des direkten Gemeindevahlrechts durch Frauen, die am 28. April in Laibach, der Hauptstadt des österreichischen Landes Wien, erfolgt ist. Es war ein fürmühtiger Wahltag für die Frauen, war eine eigene Sektion eingerichtet, der das größte Interesse gewidmet war. Liberale und liberale Parteimitglieder hatten sich bei dieser Sektion eingefunden, um die Stimmengabe der Frauen zu beobachten. Es wählten seit der vor einigen Monaten vom Landtag beschlossenen Wahlreform drei Wahlklassen. In der dritten, der allgemeinen, wählen alle, welche unter sechs Kronen oder gar keine Steuern bezahlen und den sonstigen Wahlbedingungen entsprechen. Auch die Frauen sind in dieser Wahlklasse "wirklich" alle einen Wählerklasse wahlberechtigt, unter denselben Voraussetzungen wie die Männer. Auch den Frauen wurde das Wahlrecht ausdrücklich zuerkannt. Liberale und Liberale bemühen sich intensiv um die Stimmen der Frauen. Ein liberale Parteigänger, Redakteur einer liberalen Wochenzeitung, ging so weit, daß er im Wahllokal den Frauen die Stimmzettel aus den Händen riß und wenn er sah, daß sie für die liberale Liste zu stimmen beabsichtigten, vernichtete er den Stimmzettel und gab ihnen andere, mit dem Namen der liberalen Kandidaten. Das rief förmliche Szenen hervor und die Frauen des bürgerlich-liberalen und deutschen Frauenkomitees gingen zur Landesbehörde, um Abhilfe zu verlangen. Obgleich die Frauen zum erstenmal das Stimmrecht ausübten, blieben die Liberalen in der Minorität. Als sich die Stimmen vom Kloster aus in Wagen zur Wahlurne begaben, wurden sie von der angelaunten Menge beschimpft und geschmäht. Die Stimmen hatten vom Bischof besonderen Dispens zum Verlassen des Klosters erhalten. Mit Recht lobnte sich die Bevölkerung gegen die Ausübung des Wahlrechts durch Personen auf, die doch, wie man meinen sollte, mit dem Himmel bedeckt es wie uns bisher dünkte, reitend auf dem Himmel bedeckt es wie uns bisher dünkte, einer Einmischung in politische Handlungen nicht. Nur unter politischer Intervention konnten die Stimmen zur Wahlurne gelangen. Die unzufolge, kluge und eifrige Forderung der Frauen bei den Wahlen findet allgemeine Anerkennung.

Die Einführung der unentgeltlichen Geburtshilfe in Zürich.

Nach eingehender Beratung hat der Züricher Stadtrat die Einführung der unentgeltlichen Geburtshilfe für un- bemittelte Wöchnerinnen nach folgenden Normen beschlossen: Wöchnerinnen, die sich seit mindestens einem Jahre ununterbrochen in der Stadt Zürich niedergelassen und auf ein Einkommen von nicht mehr als 2000 Fr. ohne Vermögen angewiesen sind, sind zur unentgeltlichen Welpflegung in der kantonalen Frauen-Asylanstalt oder zum Bezüge der kantonalen Frauen-Asylanstalt verpflichtet und bei pathologischen Geburten auch zum Bezüge der Ärzte und Hebammen berechtigt. Ausnahmeweise kann in Fällen, wo ein höheres Einkommen vorhanden ist, aber die wirtschaftliche Lage der Wöchnerin es rechtfertigt, diese Vergütung ebenfalls gewährt werden. Behufs Sicherstellung der Anstaltspflege wurde mit der Verwaltung der kantonalen Frauen-Asylanstalt ein Vertrag abgeschlossen, demzufolge die Gemeinde für die Unterhaltung dieser Anstalt 440 000 Fr. leistet und das Recht erhält, jährlich 2000 Wöchnerinnen gegen eine amtliche Gebühr überfreiende Welpflegungsstaxe (1 Fr. über dem amtlichen Satz, jedoch nicht höher als 70 Prop. der Welpflegungsstaxe) einzuweisen. Eine Verordnung zur Regelung des Welpflegungsstaxen zu den Kantonalen, die solche bereits gewährt, und zur Bevorzugung von einkommensschwachen Wöchnerinnen, welche sich in der Welpflegungsstaxe (Magistrat) ausgeben werden.

Der Annahme der Reform wurden von freisinniger Seite

unter Führung von Ärzten, die unter menschlicheren Bedingungen die Vertretung von materiellen Standesinteressen verbargen, starker Widerstand entgegengesetzt. Ein demokratischer Kompromissvorschlag forderte die Einkommensgrenze schon bei 1800 Fr., wogegen von freisinniger Seite, die jeden Rechtsanspruch, abgesehen von der Gewährung der freien Geburtshilfe zu einer von der Behörde im Einzelfall abhängigen Armenunterstützung machen wollte, mit Recht erwidert wurde, daß eine größere Familie auch bei 2500 Fr. Einkommen noch lebensfähig sei. Die Annahme der Vorlage, die namentlich von unseren Genossen Dr. Wehrlein (Wetz), Seidel, Siga und dem hervorragenden Hygieniker Stadtrat Professor Grünmann energisch vertreten wurde, ersparte schließlich mit großer Mehrheit. Erforderlich blieb es jedoch die Annahme in der Wahlurne, die die Wahlurne der man bei dem weiten Kreis der an der Erneuerung interessierten Wöchnerinnen in der Wahlurne befindet hat, erwarten darf. Die Reform würde sich den beiden anderen, seit geraumer Zeit bestehenden gemeinnützigen Welpflegungsstellen, der unentgeltlichen Welpflegung und der freien Welpflegung der Wöchnerinnen, sowie der von der Gemeinde Zürich unternommenen großartigen Wöchnerinnenunterstützung würdig anschließen.

Kleines Feuilleton.

Über amerikanische Volksbibliotheken

lesen wir in den Dokumenten des Fortschritts (Berlin, Georg Meiner): Amerika ist das Land der Volksbibliotheken, und die Erneuerung dieser gemeinnützigen Institution während der letzten 30 Jahre ist eine überaus bedeutende gewesen. Eine Bibliothekstatistik zu Philadelphia im Jahre 1876 gab den Anstoß zur neuen Bewegung, die die Bibliothek aus einem Sammelplatz von Studenten und Gelehrten (wie sie es auf dem Festlande Europas noch heute ist) zu einem Zentrum der Volksbildung und vor allem auch zu Jugendbildung umgestaltete. In dieser letzten Hinsicht haben von 18 auf 12, dann auf 10, dann auf 8 Jahre herabgesetzt, heute haben die Kinder völlig freien Zutritt und die Hälfte der Bibliotheken ist eigens für Kinder reserviert. Die Bibliothekare sind speziell beauftragt, den Kindern bei der Auswahl des Lesestoffes an die Hand zu gehen. Oft kommt ein Knabe in die Bibliothek, um eine Indianergeschichte zu lesen, aber so viel interessante und zugleich wertvolle Bücher werden ihm vorgelegt, daß er ganz auf seine Abtätigkeit verzichtet und bildende Werke bevorzugt. Ein wichtiger Schritt war es auch, als man die Einrichtung von Filialbibliotheken in den einzelnen Stadtteilen der Großstädte begann, aus der richtigen Erkenntnis heraus, daß nur so die Bücher an das Volk und an die Jugend herangetragen werden könnten. Die Lehrer wurden zu Mitarbeitern herangezogen, damit, daß sie die Bücher entlehnten, und entweder an ihre Schüler weiter geben oder kleine Zweigbibliotheken in den einzelnen Schulklassen einrichten können. Speziell auch die weite Ausdehnung des unentgeltlichen Ausleihsystems hat überaus viel getan für die Aufbarmachung der großen Büchererschätze und der großen Summen, wie sie von Carnegie und anderen für Bibliothekszwecke gespendet wurden. Was die Erwachsenen anlangt, so wurden insbesondere auch Zeitungsstellen angelegt, in denen jedermann Einblick in die wichtigsten Blätter des Tages nehmen kann. Viele werden durch den Vorstoß, diese Blätter zu lesen, angezogen, gestalten sich aber dann zu Habitues der Bibliotheken um und lesen auch ernste, umfassendere Werte.

Aus den Bibliothekern.

Verblümt. Wirt: "Das Geldstück ist falsch, Herr Wirt!" — Wirt: "Das habe ich aber gestern Abend von Ihnen getriggt!" — "Von Ihnen trige ich es aber jetzt zum zweitenmal!"
Zwei Entschickte. "Sua nix mehr verschieren bei deine Matjeslag'stischen!" "Woh! ich den Schaden mit in vierundzwanzig Stunden anzeigt hab' hab'n's mi abgewiesen!" — "So a Ghindl! Und mi hab'n's einperren lassen, weil i's Feuer vierundzwanzig Stunden vorher angemeldet hab'!"
Wem kennen. "Is wahr, Melanie, am Stammtisch haben sie erzählt, Du hättest sogar mal 'nen Kennstall gehabt?" — "Nicht gang. Bloß 'nen Soßel!"
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: F. H. Sch. Druck: Friedrich Meyer u. Co. **Gänzlich in Silber.**

Wöchentliches

Unterhaltungsblatt des Lübecker Volksboten.

Mittwoch, den 3. Mai

1911.

Die Wöchnerinnen amüßten sich weiblich über das köstliche Ostermüßli.

Von einem an aber ward es einsam um unsren Reiten. Ein Passagier nach dem anderen verschwand von der Bildfläche. An der heutigen Mittagsstunde nahmen außer ihm nur noch der Kapitän und seine Familie und Kapitänswirt Hofer teil.

Kein Wunder, daß die nächsten Tage recht einfürmig verließen. Der Rechtsanwalt entpuppte sich mehr und mehr als ein menschenfeindlicher Sonderling, der nur für sich lebte, den ganzen Tag im Salon oder auf dem Deck lag, rauchte war, vermochte beim nicht einmal zu erproben, denn dieser Herr dünnte sich zu hoch erheben über seine zufälligen Reisegesellen, als daß er auch nur einen derselben während der ganzen Fahrt seines näheren Umganges für würdig erachtete hätte. Wenn er den Mund aufthat, sprach er zudem nur Spranisch, des gleichen Diktoms bedienten sich seine Angehörigen. So blieb der junge Professor ausschließlich auf die kleine Wilde und das Schiffspersonal angewiesen, und schloß sich besonders an den Arzt des "Siegfried", Doktor Wehrmann, an, mit dem er mehrmals des Tages am Schachbrett lag oder wissenschaftliche und andere Fragen erörterte.

Inzwischen lief der Dampfer in Anwesenheit an, ein Ereignis, das zwar etwas Abwechslung, aber keine gefühlvolle Auflockerung brachte, denn die beiden holländischen Wöchnerinnen, welche den "Siegfried" seinen Aufenthalt im Hafen der belgischen Handelsstadt verließen, erwiesen sich als Geistes- und Sinnesverwandte des Kapitäns Varned, qualmten vom Morgen bis zum Abend aus kurzen Pfeifen durftenden Zafal und tauchten in holländischer Sprache ihre gewirk nicht immer schmeichelethafte Klößen über ihre Karrierungsfahrten aus.

Allmählich tauchten nun die Kranken wieder aus der Verletzung empor, zuerst Reinhold Kämpf, dann Leonhardi, am Morgen nach der Abfahrt aus Antwerpen erlitten auch Gode zum ersten Male wieder auf Deck, wo der Professor sie zu ihrer Genesung aufs herzlichste begünstigte.

"Sie haben damit", sagte er hinzu, "Ihre Steuer bezahlt; nun erst werden die wahren Kräfte der Seefahrt Söhnen aufgehen."

Sie lächelte schmerzlich. "Ich hoffe es", entgegnete sie in ihrer stillen, wehmütigen Art.

"Und wie geht es Frau Börner?"

"O die Arme — sie ist sehr schwach und hilflos."

Sich fürchte, sie hat ihren geringen Kräften zu viel zugemutet."

Wenn sie erst die Seerkrankheit überstanden hat, wird sich bestimmt der stürzende Einfluß der Seeluft bei ihr geltend machen."

Sich hoffe es von Herzen um des armen Kindes willen."

Am Abend dieses Tages lag Professor Gerold ganz allein auf seinem Lieblingsplatzchen auf dem Promenadendeck. Im Schiff war es ruhig geworden, der Konial und die Wöchnerinnen pflegten sich überhaupt früh zur Ruhe zu begeben, und die anderen Passagiere hatten ihre frühere Kraft und Lebenslust noch nicht ganz wiedergewonnen; sie brachten den Abend entweder im Salon oder in ihren Stuben zu.

Polar vermisste auch niemand, er blickte lächelnd auf das in mächtigem Licht leuchtende Meer, in dem sich der Vollmond spiegelte; eine stille Weichheit erfüllte sein Herz, eine milde Melancholie. Vor seinem Geist erliefen allerlei liebliche oder schmerzliche Traumbilder, langsam aufeinanderwoben aus Vergangenen, Gegenwärtigen und Zukünftigen; mitten in allem aber stand Edas liebliche Gestalt, die während in sein Leben trat wie ein Strahl milder, farbigen Morgenlichts.

Der Krämer lächelte bald, bald feuchte er seine, je nach dem Inhalt des ihm gerade vorstehenden Gemüdes. So verfiel ihm in seine Phantasie, daß er ordentlich emporsprach, als sich plötzlich ein dunkler Schatten zwischen ihm und das Mondlicht lag.

Eine fremde Stimme sagte in entschuldigendem Tone:

"Ich fühle Sie wohl, Herr Professor?"

An Bord des "Siegfried".

Roman von Friedrich Schime.
(2. Fortsetzung.)

Ja, ja, Sie als Mann der Wissenschaft! Ich bin sonst auch nicht neugierig, aber auf so einer Reise ist man natürlich für alle Dinge ein, denen man sonst gar keine Beachtung schenkt. Ich werde mit den Spaz machen, ihn zu interessieren."

Damit ging Leonhardi entschlossen auf den Promenaden. Rechtsanwalt Hofer, wie er sich genannt, schritt, eine Zigarette rauchend und offenbar tief in Gedanken vertaunken, auf der anderen Seite des Promenadenwegs auf und ab.

Leonhardi ging erst einmal an ihm vorüber, entnahm sodann seinem Gehör eine Zigarette, bis die Spitze ab, dann kehrte er um, und als beide einander wiederum begegneten, sprach er Johann den Rechtsanwalt im Feuer an.

Schließlich reichte ihm Hofer seine Zigarette dar. "Brüderlicher Morgen heute," sagte Leonhardi, während er in kräftigen Zügen die glimmenden Funken von des Anwalts Savanna auf seine eigene übertrug.

"Sie hätten getrunken, behaupte den Anschlag vor?" fuhr der Interviewer lachend fort, die Zigarette zurückgebend.

"Ah, ich wartete schon über eine Stunde, der "Siegfried" konnte mir unmöglich entgehen." "Im Notfall fanden Sie wohl auch noch andere Gelegenheiten."

Das nächste Schiff geht erst in vier Tagen, und so lange wollte ich nicht warten. Meine Anwesenheit in Argentinien ist dringender notwendig."

Es handelt sich um eine große Erbschaft, um das nachgelassene Vermögen eines Offiziers von deutscher Abstammung, von deren rechtmäßigen Erben in Deutschland wohnenden Erben die letzten argentinischen Regierung freigegeben wird. Ich vertrete die Ansprüche der Erben, und da Gefahr im Verzuge ist, muß ich mich so schnell als nur möglich an Ort und Stelle begeben."

Da Leonhardi den Rechtsanwalt so offenerzig und gesprächig fand, schloß er sich ihm, indem beide weiterplauderten, auf seinem Spaziergang an, doch trug er Sorge, auch die Gruppe auf der anderen Seite — den Professor mit den beiden Damen — im Auge zu behalten.

Diesem hielt Polm eben Vortrag über einen Gegenstand seines speziellen Berufs, die Beschaffenheit des Nervensystems im kranken und kranken Zustand, als Frau Börner sich plötzlich hastig von ihrem Sitz auf der Bank erhob.

Was ist Ihnen, Frau Börner? Sie zittern ja!" rief der Professor, sich unterbrechend, voll Besorgnis.

"Ich weiß nicht — mir wird so übel — so —"

Das ist die Seerkrankheit", sagte er in rätlicher Erkenntnis der Situation. "Am besten ist's, Sie ziehen sich so schnell als möglich in Ihre Kabine zurück."

Sich begab sie, erklärte Gode hilfsbereit, und auf ihren Arm gestützt, verließ die blasse Frau das Deck. Mitleidig sah der Professor ihr nach. Die jungen Damen schickten, und Reinhold Kämpf sandte, laut genug, daß auch Polm es vernahmen konnte, die schadenfrohe Bemerkung hinter ihr drein: "Es raht die See und will ihr Opfer haben!"

Doch dem übermut folgte die Strafe auf dem Fuß. In demselben Augenblicke verlor die junge Frau ihren roten, lichten Kolorit mit einer Leichtigkeit, die ihr sich bei Treffen mit der Hand nach dem Hals und stotterte verirrte: "Ich — habe unten etwas vergessen." Damit rannte er wie befehlen der nach der Kabine hinabstürzenden Streppe zu. Diesmal freute sich der Professor, und auch die beiden

